

Volkswacht

für Schlessen • Organ für die werktätige Bevölkerung

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Kunstkunst“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, Marktlaasstraße 100, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,32 Reichsmark + 8 Pfennig Trägerlohn — 0,45 Reichsmark, monatlich 1,55 Reichsmark + 35 Pfennig, Trägerlohn — 1,90 Reichsmark. Durch die Post einschließl. Zustellungsgebühren 2,20 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlessen 14 Pf., auswärts 12 Pf. Anzeigen unter Text 20 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereine, Versammlungs- und Wohnungsanzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in der Zweigstelle abgegeben werden. — Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle Nr. 21737 und 21739, Redaktion Nr. 21735. Postfachkonto: Breslau 5832. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Abbestellungspreis 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Einzelnummern 10 Pf.

43. Jahrgang

Mittwoch, den 15. Juni 1932

Nr. 138

Das Gesicht des Dritten Reiches enthüllt sich

Deutschland erwache!

Der Unterstützungsraub der Regierung der Nazibarone an den Armen und Armensten — Die Notverordnung der Regierung Bapen bringt ungeheure Belastungen der arbeitenden Bevölkerung — Das ist die Regierung der Nazis — Herabsetzung der Erwerbslosenunterstützung auf das Niveau der Wohlfahrtsunterstützung — 15 prozentige Kürzung der Wohlfahrtsunterstützungen — Neue Steuerlasten — Auch Sozialrenten gekürzt — Abbau der Kriegsernten — Keine Arbeitsbeschaffung

Deutschland, erwache!

Die Regierung der Barone hat ihr Gesicht gezeigt. Die neue Notverordnung ist da und sie ist so, wie diese ganze Regierung! Man konnte von der Regierung der Barone keine soziale Gerechtigkeit erwarten und wir haben nichts anderes vorausgesehen, als daß

diese Regierung gegen die Erwerbslosen wie gegen die gesamte werktätige Bevölkerung vorgehen würde! Niederschmetternd aber muß der Eindruck dieser Notverordnung auf jene Bevölkerungsschichten sein, die der Nationalsozialistischen Partei nachgelaufen sind, weil sie geglaubt haben, daß sie ihnen die Steuerlast verringern und ihr Einkommen erhöhen würde! Berraucht hat uns die Lüge der Nationalsozialistischen Propaganda. Die Hoffnungen der Nationalsozialistischen Mitläufer sind bitter enttäuscht und es bleibt nur diese Notverordnung des Kabinetts der Barone!

Die bisherigen Notverordnungen waren hart und drügend. Sie enthielten genug an sozialer Ungerechtigkeit, trotz aller Bemühungen der Sozialdemokratie, die der sozialen Reaktion mit allen ihren Kräften in den Weg getreten ist. Bei dieser Notverordnung aber ist keinerlei Gegenkraft wirksam gewesen! Das Kabinett der Barone hat sich über geföhlt, daß die Nationalsozialistische Partei, auf die es sich verließ, ihm bei dem Anschlag gegen das Volk nicht in den Weg treten würde. So zeigt sich unverhüllt das Gesicht der sozialen Reaktion.

Gewaltig sind die Lasten, die die Barone der werktätigen Bevölkerung auferlegen — und nur dem werktätigen Volk! Das Einkommen der Erwerbslosen wird insgesamt um über eine halbe Milliarde gekürzt, der Versicherungscharakter der Arbeitslosenversicherung wird völlig vernichtet. Die Sätze werden im wesentlichen auf das Niveau der Wohlfahrtsunterstützung herabgebracht und diese Sätze sind um 15 Prozent gekürzt worden! Mit den Erwerbslosen leiden die Rentner aus der Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftsversicherung. Mit ihnen die Kriegsoffer! Die Militärpensionen aber, vor allem die hohen Militärpensionen werden selbst angesichts dieser brutalen Beschneidung des Einkommens der ärmsten Volksschichten nicht angetastet!

Dazu tritt eine neue heuerliche Belastung der werktätigen Bevölkerung. Die Einkommensteuer wird durch eine Abgabe für die Arbeitslosenhilfe. Die Sätze dieser Abgabe sind um 1% Prozent höher als die Sätze der bisherigen Einkommensteuer. Dazu tritt eine Belastung der Beamten mit

1% Prozent des Einkommens. Für die veranlagten Einkommensteuerschuldigen aber tritt keine Erhöhung des Satzes ein! Sie zahlen lediglich noch eine Rate der bisherigen Steuer. Nichts darüber hinaus — keine Belastung der hohen Einkommen oder der hohen Vermögen, die nicht unter diese Kategorien fallen.

Die reichen Leute bleiben vollständig ungeschoren! Von ihnen fordert der Staat keinerlei Solidarität mit den notleidenden Volksgenossen! In dieser Notverordnung vertritt der Staat die brutale Auffassung: Mögen die arbeitenden Klassen sich selber helfen, die bestehenden Klassen haben keinen Anlaß, für sie zu sorgen!

Das ist der Standpunkt des nadtesten und brutalsten Klassenkampfes von oben, der Begünstigung der Reichen! Es ist die krasseste Plutokratie! Das ist das wahre Gesicht jener Regierung, die auf den Schultern der Nationalsozialistischen Partei steht.

Fügen wir noch hinzu, daß die Änderungen bei der Umsatzsteuer weit über 100 Millionen Mark einbringen sollen, daß eine

Steuer von 6 Pfennigen pro Pfund Salz eingeführt, daß aber andererseits die sogenannte Aufbringungsumlage, die die großen Betriebe trifft, ganz erheblich vergrößert worden ist, so vollendet sich das Bild. Noch eine Einzelheit: Diese Regierung, die in ihren Erklärungen so viel Wert auf das Christentum gelegt hat, dekretiert, daß ohne Rücksicht auf Lohn und Einkommen für die Kirchensteuer gepfändet werden kann, wenn sie seit drei Monaten fällig ist!

Wo aber bleibt die Arbeitsbeschaffung? Dafür hat das Kabinett der Barone einige wenige dürftige Worte, die nicht einmal Versprechungen sind. Keine Arbeitsbeschaffung, Abbau der Erwerbslosenhilfe, Abbau der Sozialversicherung, schwere Belastung der armen Klassen und Begünstigung der Reichen — das ist es, was das Anwachsen der Nationalsozialisten über das deutsche Volk gebracht hat!

Das Gesicht des dritten Reiches hat sich enthüllt. Die Erwartungen der Reaktionen gehen in Erfüllung. Ein Reichsarbeitsminister, der die Erklärung abgibt, daß man die Invalidenrenten eigentlich hätte halbieren müssen, der ist sicher nach dem Herzen der sozialen Reaktion! Hier handelt es sich nicht mehr um Maßnahmen zur Sanierung der Sozialversicherung, die durch die Not erzwungen wäre, sondern um Eingriffe, die bewußt den Generalabbau einleiten sollen! Die Organe der Schärfmacher nennen dies triumphierend „Liquidation der sozialpolitischen Mißwirtschaft“. Für sie wird die Sozialpolitik erst ordentlich bewirtschaftet sein, wenn die Notleidenden tot und die Sozialpolitik reiflos abgebaut ist.

Für diese Notverordnung trägt das Kabinett der Barone eine ungeheure Verantwortung vor dem Volke! Mit der Reichsregierung trägt die Verantwortung die Nationalsozialistische Partei!

Die Regierung wie die Partei, die sie trägt — sie müssen beide, was sie zu verantworten haben! Das Kabinett der Barone hat bei der Verkündung seiner Notverordnung in der Person der verantwortlichen Ressortminister einen zerfahrenen und mutlosen Eindringling gemacht. Die Nationalsozialistische Partei aber zeigt jetzt schon deutlich ihre Furcht, daß das Volk, angesichts des Schicksals, den es durch diese Notverordnung erhält, den nationalsozialistischen Völketrug

durchschauen werde. Sie scheitert nach Gewaltmaßnahmen und nach Unterdrückung gegen die Reaktionen des Kabinetts der Barone. Das ist die Sprache des schlechten Gewissens! Die Partei des Herrn Hitler kann sich der Verantwortung nicht entziehen. Sie steht vor dem Volke als die Partei der Reichen gegen die Armen, die Partei der schlimmsten Bebrüder des werktätigen Volkes, die Partei der Plutokratie!

Jetzt ist die Stunde gekommen, in der es heißt: Deutschland erwache!

Erwache aus dem Wahn, den die nationalsozialistischen Völketräger hervorgerufen haben! Die soziale Reaktion hat ihr Gesicht enthüllt. Sie steht auf den Schultern der Nationalsozialisten und ihre Lügen bedeuten Elend für das ganze werktätige Volk!

Einzelheiten aus der Notverordnung

Die Notverordnung, die von den Nationalsozialisten tolerierten Adelsregierung übertrifft die schlimmsten Befürchtungen. Sie steht durchaus unter Einfluß des Wortes, das am Dienstag der neue Reichsarbeitsminister, ein früherer Krupp'scher Direktor, geprägt hat, wonach man eigentlich die Sozialfürsorge um die Hälfte hätte kürzen müssen. Man legt den breiten Massen neue Lasten auf. Andererseits treten für den Besitz und die hohen Einkommen Erleichterungen ein. Die hohen Militärpensionen werden nicht angetastet. Die hohen Einkommen bleiben von der neuen Beschäftigungssteuer unberührt.

Kürzung der Renten und Pensionen

Bei den Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftlicher Pensionsversicherungen werden die alten Renten um 5 Mark bei den Invaliden, um 5 Mark bei den Witwen und 4 Mark bei den Waisen pro Monat gekürzt. Bei den neuen Renten wird der Grundbetrag um 7 Mark vergrößert und der Rentenbeitrag um 2,50 Mark. Der Anteil der Witwen- und Waisenrenten an der Hauptrente — bisher 6 Zehntel und 5 Zehntel — wird auf 5 Zehntel und 4 Zehntel herabgesetzt. Die Unfallrenten, die in der Zeit von 1927 bis 1931 genehmigt wurden, werden um 15 Prozent vermindert. Bei den übrigen Renten tritt eine Kürzung um 7,5 Prozent ein. Damit hat die Regierung noch nicht erachtet, ein Verfahren, das die Rentenbesitzer aus den Versicherungsbehörden im Nachhinein anzufügen, sich mit einer Verwaltungsgebühre befreit. Die Verkündung der Regierung gekürzt hier das soziale Recht, welches

den Kopf auf den Kopf trifft. Die Zahl der Rentenbesitzer soll verringert werden. In der

Kriegsopferversorgung

tritt eine Verminderung der Höhe an die gestiegenen Höhe in der Reichsversorgung und der Sozialversicherung ein. Vor allem werden die Renten der Invaliden Reichsbekleidigten auf den Stand der Renten der Reichsbekleidigten mit Kindern vermindert.

Kürzung in der Arbeitslosen-, Renten- und Erwerbslosenversicherung

In der Arbeitslosenversicherung werden die Unterstützungleistungen um durchschnittlich 23 Prozent gekürzt. Dazu tritt eine Hilfsbedürftigkeitsprüfung nach sechs Wochen. Dadurch sollen erspart werden 100 Millionen Mark.

In der Rentenunterstützung wird die Hilfsbedürftigkeitsprüfung unbeschränkt eingeführt. Außerdem tritt eine Kürzung der Leistungen um 10 Prozent ein. Die um 15 Prozent gekürzten Wohlfahrtsätze werden in der Rentenversicherung als Höchstätze eingeführt. In der Erwerbslosenunterstützung beträgt die Senkung der Unterstützungleistungen 15 Prozent. Man erhofft dadurch eine Einsparung von 334 Millionen Mark. Insgesamt treten in der Arbeitslosen-, Renten- und Erwerbslosenversicherung im Gesamtbetrag von 520 Millionen Mark ein.

Beschäftigtensteuer

Da das Reich seine Zuschüsse für die Arbeitslosen beschränkt, muß es, um den Etat durchzuführen, 400 Millionen Mark an neuen Steuern aufbringen. Diese 400 Millionen Mark werden ohne weiteres auf Arbeiter, Angestellte und Beamte abgewälzt. Man schlägt also die Sozialversicherung, was das Kabinett Brüning durch die Beschäftigtensteuer verhindern wollte. Das Kabinett nennt die Beschäftigtensteuer „Abgabe zur Arbeitslosenhilfe“. Das klingt ein wenig anders. Dafür ist die vorgesehene Belastung aber weit einseitiger und drückender. Die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe wird von dem Bruttoarbeitsentgelt der Lohn- und Gehaltsempfänger erhoben, das für die Zeit vom 1. Juli 1932 bis 31. Mai 1933 gewährt wird. Dieser Steuer unterliegen alle Lohn- und Gehaltsempfänger, alle Personen deutscher Staatsangehörigkeit, die Ruhegehalt oder ähnliche Bezüge haben, Beamte, auch Beamte des öffentlichen Rechts, auch wenn sie in Deutschland nicht ihren Wohnsitz haben. Unter die Steuer fallen weiter Renten, wenn sich Reich um, oder eine sonstige Körperschaft des öffentlichen Rechts an der Aufbringung beteiligt. Befreit sind Lehrlinge und das „geringfügige Beschäftigung“. Die Abgabe beträgt:

bei einem Arbeitsentgelt bis zu 125 Mark monatlich	1,5 %
„bis zu 300 Mark monatlich	2,5 %
bei einem Arbeitsentgelt zwischen 300 und 700 Mark monatlich beträgt die Abgabe für die ersten 300 Mark	2,5 %
für die weiteren Beträge	5,75 %
bei einem Arbeitseinkommen zwischen 700 Mark monatlich und 3000 Mark monatlich beträgt die Abgabe von den ganzen Bezügen	5,75 %
Sobald das Arbeitsentgelt im Monat den Betrag von 3000 Mark übersteigt, beträgt die Abgabe	6,5 %

In diesen Säben ist die bisherige Krisenlohnsteuer einbezogen. Die Bestimmung in der Neuregelung, daß die bisher entrichtete Krisenlohnsteuer maßgebend ist, hat also nur formale Bedeutung. Die Abgabe für Beamte, Angestellte und Arbeiter des Reiches, der Länder, der Gemeinden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts wird auf 1,5 Prozent festgesetzt.

Schonung der hohen Einkommen

Die hohen Einkommen kommen damit fort, daß die bisherige Krisensteueranlagensatz, die im Oktober 1932 zu zahlen ist, noch eine zweite Rate im Januar 1933 erhoben

wird. Eine ähnliche Befreiung wie bei den Arbeitern, Anstellten und Beamten tritt hier also nicht ein. Die bisherige Leistung wird bis zum 1. Halbjahr 1933 verlängert. Unter diese Bestimmung fallen solche Personen, die ein Einkommen von über 18000 Mark beziehen, also zum Beispiel die Generaldirektoren in Höhe von 100 000, 200 000 Mark und mehr. Auch solche Personen, die aus Kapitalvermögen, Hausbesitz usw. Einkommen haben.

Umsatzsteuer auch unter 5000 Mark

Das Kabinett Brüning hat das Kabinett Brüning die Bestimmung erlassen, bei einem Umsatz bis 5000 Mark pro Jahr Umsatzsteuer nicht zu erheben. Diese Bestimmung sollte nicht nur der Vereinfachung und der Kostenersparnis dienen, sondern sollte auch den kleinen Gewerbetreibenden und dem kleinen Handel Erleichterungen bringen. Damit räumt die Kabinett Brüning der Deutschnationalen und der Nazis recht auf. Immerhin waren bisher 2 1/2 Millionen Personen im Genusse dieser Erleichterung. Die Umsatzsteuergrenze bis 5000 Mark wird wieder hergestellt. Das bedeutet eine Belastung bis zu 150 Millionen Mark pro Jahr. Statistisch wird der einzelne Betriebs mit etwa 150 Mark pro Jahr belastet.

Kolonialsteuer

Zur weiteren Steigerung der Einnahmen greift die Notverordnung auf die Salzsteuer zurück, die vor dem Kriege in Deutschland bestanden hat, dann aber in der Republik ihres unsozialen Charakters wegen abgeschafft wurde. Diese Salzsteuer wird von den Engländern in den Kolonien, bei den Neuseen und Indern erhoben. Aber nicht in der Höhe, wie sie die neue Notverordnung vorseht. Diese kommt auf den ungeheuren Satz von 12 Pfennigen pro Kilogramm. Die Belastung, eine der ärgsten Massenbelastungen, die man sich denken kann, stellt sich auf 70 Millionen Mark pro Jahr.

Senkung der Aufbringungsumlage

Unter der Aufbringungsumlage versteht man die Steuer, die von den großen Industriebetrieben erhoben wurde, um die Aufbringung der Reparationslasten durchzuführen. Für das

Jahr 1932 hätten 200 Millionen Mark Aufbringungssteuer erhoben werden müssen, von denen 80 Millionen Mark für die Bedürfnisse des Reiches, 80 Millionen Mark für die Hilfe und 30 Millionen Mark für den gewerblichen Mittelstand (Kredit) bestimmt waren. Für die Aufbringung wird jetzt eine neue Schmelze geschaffen. Die Vermögensverluste sind bei 500 000 Mark beschränkt. Die Umlage wird aber um die Hälfte gekürzt. Dabei entfällt für das Reich direkt ein Verlust von 60 Millionen Mark. Der Mittelstand können 45 Millionen aufgeführt werden und den gewerblichen Krediten nur 15 Millionen. Hier haben wir es schon mit einer ausgesprochenen Subvention für die Groß- und Schwerindustrie zu tun.

Pfändbarkeit der Kirchensteuer

Die Reichsabgabenordnung wird dahin geändert, daß weit es sich um die Pfändung direkter persönlicher Steuern der letzten drei Monaten handelt, der Arbeits- und Dienstlohn unbeschränkt pfändbar ist.

Kontrolle der gemeindlichen Finanzwirtschaft

Bei den Gemeinden wird das Recht, Unterstützungen für die Erwerbslosenfürsorge in Anspruch zu nehmen, davon abhängig gemacht, daß die realmäßige Prüfung der Haushaltsrechnungen durch eine geeignete unabhängige Stelle und die Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse satzungsgemäß sichergestellt werden. Das wird also die Beteiligung an der Wohlfahrtsarbeit davon abhängig machen, daß Haushalts-, Renten- und Reparationsanordnungen aufgestellt werden. Dadurch erhält das Reich eine Kontrolle über die Finanzwirtschaft der Gemeinden.

Arbeitsbeschaffung

Die Teile der Notverordnung, die sich auf die Arbeitsbeschaffung beziehen, enthalten keine positiven Angaben. Es wird viel von der Arbeitsbeschaffung gesprochen, für die 20 Millionen Mark in den Etat eingestellt sind. Im übrigen ist die Rede von Hausreparaturen, Straßen- und Wasserbauten ohne daß man erfährt, was die Regierung nun eigentlich will und wie sie sich die Finanzierung vorstellt.

Die Länder protestieren gegen die Aufhebung des SA-Verbotes

Länder werden auf jeden Fall Uniformverbot aufrechterhalten

Die Aufhebung des SA-Verbotes durch die Regierung der Reichsbarone soll am Donnerstag auf dem Wege der Notverordnung erfolgen. Die Maßnahme selbst hat in einer internen Besprechung von Reichsministern mit dem Reichsländer anlässlich der Sonnabend-Sitzung des Reichsrates eine erhebliche Rolle gespielt. Alle Ländervertreter, mit Ausnahme derjenigen, die von Reichsministern delegiert waren, haben gegen die Aufhebung des SA-Verbotes nicht nur schwere Bedenken geäußert, sondern auch gegen eine beratende Maßnahme schärfsten protestiert. Infolgedessen haben v. Papen und Innenminister v. Gahl die Aufhebung des Verbotes in längeren Darlegungen zu rechtfertigen versucht. Während ihrer Ausführungen wurde der Zwischenruf laut, ob die Protestmeldungen zutreffen, daß sich die Regierung gegenüber Hitler hinsichtlich der Aufhebung des SA-Verbotes bereits verpflichtet habe. Die Antwort waren laute Ausreden. Alle Teilnehmer an der Konferenz waren der festen Überzeugung, daß eine beratende Veranlassung besteht.

Eine neue Bestätigung dafür, daß die Regierung der Reichsbarone um Schleier nichts anderes ist, als ein im Einverständnis mit der Reichsregierung geschaffenes Gebilde.

München, 14. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Die bevorstehende Aufhebung des Verbots der Hitlerischen Privatarmee und gleichzeitig des Uniformverbots durch Verordnung des Reichspräsidenten, stellt die Regierungen der süddeutschen Länder vor schwere Entscheidungen. Allem Anschein nach sind sie geneigt, das politische Leben und vor allem die Straße dem SA-Terror

wieder auszuliefern. Es ist deshalb damit zu rechnen, daß die süddeutschen Länder unter Berufung auf ihre Polizeihohheit nichts gegen die Aufhebung des SA- und SS-Verbotes unternehmen werden, dafür aber aus ihrer verfassungsmäßigen Verantwortung für Ruhe und Ordnung in ihren Staaten ein Uniformverbot aufrechterhalten. Bayern insbesondere wird darauf bestehen, daß kein Uniformverbot bereits seit Juni 1931 besteht, das sich nicht gegen eine bestimmte politische Partei wendet, sondern generelle Gültigkeit hat. In diesem Umfange wird auch nach Erlass der neuen Notverordnung der bayrische Polizeiminister und mit ihm seine Kollegen von Württemberg und Baden bei in diesen Ländern vor dem 13. April bestehenden Zustand wiederherstellen.

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondent schreibt zu der bevorstehenden Verordnung des Reichspräsidenten: „Diese Maßnahmen zeigen die neue Reichsregierung in ihrer vollendeten Abhängigkeit von den Wünschen der Nationalsozialistischen Partei. Dies ist der Preis, der mit Hitler für seine tolerierende Haltung in der Geburtsstunde des Kabinetts Papen-Schleier vereinbart worden ist. Dieses Zurückweichen auf der ganzen Linie von den Nationalsozialisten übertrifft nicht, nachdem man sich längst zuvor der Freiheit des Handels so vollkommen begeben hatte. Es wird den neuen Männern der Reichsregierung noch härter und noch peinlicher zum Bewußtsein kommen, was es heißt, sich an eine revolutionäre Bewegung verkauft zu haben. Der Kompromiß mit Gegnern des bestehenden Staates zeigt mit erschreckender Deutlichkeit, wie weit schon die Erschütterung staatlichen Denkens in Deutschland ist.“

Die Benzinstation

Roman von Sinclair Lewis

Einzig berechnete Uebersetzung aus dem Amerikanischen von Clarisse Meißner
Alle Rechte vorbehalten · Nachdruck verboten

(56. Fortsetzung)

„Wirklich, Claire, Liebste, wissen Sie, warum ich diese ganze Tour unternommen habe? In Schenectady habe ich Sie ja schon gesehen, daß Sie nach Seattle gehen. In diesem Augenblick entschloß ich mich, auch hinzugehen und Sie kennen zu lernen und wenn es durch einen Nord-Seein müde. Aber, oh, ich bin so ungeschickt.“

„Sie haben gesehen, wie ungeschickt ich beim Fahren bin. Sie haben mich gelehrt, darüber hinwegzukommen. Vielleicht kann ich Sie auch einiges lehren. Und wir wollen studieren — abends — zusammen! Ich bin ein gründlich unwissendes Parasiten-Frauentümmler. Sie werden mich wirklich und lebendig machen! Eine wirkliche Frau!“

„Liebste — Liebste...“

Herr Holtwood starrte auf sie zu. „Der Zug kommt endlich. Jetzt werden wir einmal wieder ordentlich schlafen, bei den Gullions. Ich habe telegraphiert, daß sie uns erwarten sollen.“ Er ging wieder.

„Ein Schrecklich froh, daß Ihr Vater immer wieder zwischen kommt, denn ich hab ja eine Angst, daß ich schon verzeihe“, sagte Kilt. „Gott, ich glaube, ich hör den Zug kommen.“

„Ja — oh — Claire, Liebste Claire.“
„Wilt, wollen Sie um mich anhalten? Bitte schnell, denn das ist der Zug. Es ist nicht zu dumm — eines Tages werden Sie ganz von neuem anfangen müssen, formell um mich anzuhalten, um der Leute willen, wie Vater zum Beispiel, wenn Sie und ich schon wissen werden, daß wir einig sind! Wir haben manche Dinge zusammen getan, wenn auch nicht gerade zusammen getan. Wenn Sie Jägerin sind, werden Sie mich rufen und ich werde gerufen kommen bis nach Alaska. Und manchmal werden Sie mit mir nach Brooklyn Heights kommen — Da ist der Zug. Oh, mein Kamerad, mach Halt! Denn wenn es getan ist, denn: weh! du gehst, gehe auch ich! Und du hast mich lieb und überhört, ja, ja, ja, und ich habe ganz gern gehabt,

und — ja, Vater, die Koffer sind alle hier. Telephonier mir, in derselben Minute, wenn du nach Seattle kommst, Liebste, und wir werden eine Privataktion im Teeshalen balancieren haben — Ja, Vater, ich hab die Karten. Bin so froh, Lieber, daß die Tour plötzlich abgebrochen wurde — hat mich mit einem Kuck in die Wirklichkeit verfest — hat mich erkennen lassen, daß ich dich dort hinten in Dakota fortgeschickt habe und du mich mit den großen, kummervollen Augen angesehen hast, wie ein Kind, und — ja, Vater, Pullmann ist hinten. Ja, ich komm schon!“

„W — wart! S — hast du gewußt, daß ich um dich anhalten werde?“

„Ja. Die ganze Zeit seit dem Yellowstone-Park. Hab immer an eine nette Art gedacht, dich abzuweifen. Aber es gibt keine. Du bist wie Ninty — kann dich nicht los werden — muß dich annehmen. Außerdem hab ich herausgefunden...“

„Dah du mich lieb hast?“

„Ich weiß nicht? Wie kann ich das sagen. Aber ich fahre gern im Auto, meinen Kopf auf deiner Schulter und — ja, ja, Vater, komm schon!“

XXIV.

Die Leute ihrer Gesellschaftsklasse.

Herr Henry S. Holtwood sah und schlief wunderbar in einem Stuhl des Ausschlagswagens, während Claire auf der großen hinteren Plattform unbeweglich saß, auf dem nollnändig verließ in die Schönheit der Gebirgslandschaft und der bebauten Felber ringsum. Doch man hätte auch bemerken können, daß eine ihrer Hände trampfhaft die Holzstütze ihres Feldheftens umschlungen hielt, und daß ihr gebeugter Rücken sich nicht regte.

Als sie sich umgedreht hatte, um ihrem Vater in den Zug zu folgen, hatte Kilt sie bei den Schultern gepackt und gedrückt. Eine halbe Stunde lang war dieser Kuck ein wahrnehmbarer warmer Druck auf ihren Rippen geblieben. Und eine halbe Stunde lang hatte sie das erleuchtende Gefühl, ohne selbst leuken zu müssen, an Bergen vorbei gleiten zu können, das wohlige Gefühl, den unheimlichen, geheimnisvollen Kolonialführer vorne an dem Auto zu fahren zu lassen. Sie hatte ihrem Vater gegenüber gelächelt, daß sie hat nun den nächsten Mann näherten. Ihre Kerosinlampe hatte sie in ausgelassener Fröhlichkeit aufgestellt.

Doch als er sich für ein Schilfen zurückgezogen hatte und Claire sich von dem Bergweg leeren Gehsteigern nicht mehr länger bewegen konnte, wußte großen Guldung sie auf dem Eisenbahnperson gefaßt hatte, fühlte sie sich einsam und verängstigt — und hatte gar zu gerne den Guldung wieder wachen-

schieden gemacht. Sie konnte nicht klar denken. Sie konnte nicht Daggett nur als einen feierlichen jungen Mann in einem billigen Sweater sehen, der am Geleise stand im trübselig nachmittäglichen Dichte, der ihr bei Ausfahrt des Zuges winkte, bis er in graue Dunkelheit verschwand, unbedeutender und nichtsagender als das Stationsgebäude selbst oder die vorbeiziehenden Telegraphenstangen oder der Portier, der — an nur ihm allein bekanntem geheimnisvollen Bescheiden — ihr Gepäck verstaute. Sie konnte nicht in immer wachsendem Schrecken flüstern: „Ich bin verrückt! Ver — rückt! Mich an diesen Jungen zu hängen, bevor ich weiß, was aus ihm werden wird. Wird er überhaupt etwas lernen außer Maschinenbau? Ich weiß — ich möchte gerne seine Bange streicheln und — sein Kuck hat mich erschreckt, aber — Wird ich ihn nicht verachten, wenn ich ihn unter ordentlichen Leuten sehe? Kann ich ihn bei Gullions vorstellen? Oh, ich war verrückt! Was so aufgeregt und verwirrt durch diese idiotische Jagd nach Drogen und so überzeugt davon, daß ich eine romantische Heldin bin und — Und ich bin einfach ein unentschlossenes Mädel in einer höchst realistischen Patsche!“

Geungstigt durch die einbrechende Dunkelheit und der düsteren kalten Bergsabend, während der Zug nicht mehr mehr den schneidenden durch einen Engpaß fuhr und sie durch angeregte Vorwärtsstößen erschreckte, als ob die Bremsen — ausgelassen hätten, konnte es Claire auf der trüben Plattform nicht lang aushalten und noch weniger das Sitzen im Wagen mit all den Sitzplätzen und von den geschweigenden Reisenden bedrängt — Querschnitten leer von aller Romantik, die sie erfüllte, wie sie unheimlich waren, so tiefe Tragik zu erfassen. Sie wollte zum Wechselteller weiter. Sie stand in diesem kalten, schwankenden, dunklen Raum, der nach Gummi und Metall und Schmiere roch und von dem Klappern aufeinanderschlagender Stahlbestandteile erfüllt war. Sie verlor sich in die fliehende Finsternis hinauszufliehen, sie wollte, sie wollte, sie wollte, daß der Zug sie dem verfolgenden Gullion entführe — ihrem eigenen, schwachen Ich. Ihr Vater erlachte vergnügt und strahlend und wußte, daß sie zum Gullion zu führen. Herr Holtwood war nicht von quälenden Überlegungen geplagt: er war von einem gebundenen Interesse für eine gute Suppe erfüllt. Doch er war verhalten einen Blick auf sie über den laubenden kleinen Tisch; er schien sie zu beobachten; und plötzlich entdeckte Claire, daß er ein sehr kluger Mann war. „Gullion“ sagte sie: „Du bist betrübt, meine Liebe“, aber seine Stimme wirkte nichts Ähnliches, nur behaglich, nichtsagende Bemerkungen, zu denen sie, aus der Tiefe ihres düsteren Grubelns, nur mechanisch nicken brauchte. (Fortsetzung folgt.)

Große Empörung in ganz Deutschland über Papens Notverordnung

Die am Dienstag veröffentlichte Notverordnung der Reichsregierung findet im republikanischen Lager außerordentlich heftige Kritik. Selbst bei den Hugon-Verfeindern ist man nicht befriedigt. Der „Vorwärts“ erklärt unter dem dreispaltigen Titel „Giltigkeit als Gläubigungsverbot“:

„Alles in allem legt die neue Notverordnung den breiten Massen neue Opfer von rund 1 1/2 Milliarden auf. Aber bleiben die Opfer der Besiegten? Mit dieser Frage entbehrt man, daß die Besiegten ganze 45 Millionen Arbeiter aufbringen sollen, aber bei genauerem Zusehen stellt man zugleich fest, daß die Aufbringungsumlage — eine Sondervermögenssteuer der Großbetriebe — um Millionen Mark abgebaut wird.“

Die breiten Massen sollen 1 1/2 Milliarden neue Opfer tragen. Den Besiegten aber werden 50 Millionen gekent.

Die Verordnung ist noch viel schlimmer als das, was Brünning geplant hatte. Eine Verordnung, wie sie veröffentlicht wurde, konnte nur von einer Regierung erlassen werden, die glaubt, überhaupt keine Rücksicht mehr auf die Massen des Volkes nehmen zu müssen.“

Die „Wolfsche Zeitung“ stellt unter der dreispaltigen Überschrift „Neue schwere Belastung der Massen“:

„Was die neue Notverordnung an Bitterkeiten bringt, ist in seinem ganzen Umfang erst zu ermessen, wenn man die neuen Opfer zu denen der vier Vorgänger hinzubüchert. Tut man das, so bleibt nur die Feststellung, daß die „Anpassung des staatlichen Lebens an die Armut der Nation“ — eine Lebensart, mit der Papenheimer und Schleicher in ihrer sogenannten Regierungs-erklärung operierten — nunmehr einen Umfang erreicht hat, der die ausnehmendsten Wünsche in diese Richtung betriebligen auch die Gewerkschaftenunterstützungen nunmehr um weitere 25 Prozent gekürzt werden, wenn die Invalidenrenten, die im

Monat im Durchschnitt 36 Mark betragen, um 4 bis 6 Mark gekürzt werden müssen, so kann man nicht einmal mehr sagen, daß der „Wohlfahrtsstaat“ den Millionen, die nicht zu ihrem Vergnügen, sondern aus bitterem Zwang von öffentlichen Mitteln leben, der nahe Hunger erspart werde.“

Das „Berliner Tageblatt“ erklärt: Die Arbeitslosigkeit wird eine außerordentlich anhaltende Steuer sein. Alle Lohn- und Gehaltsempfänger einschließlich der Beamten, werden um die 1/4 Prozent der neuen Steuer in ihrem Einkommen gekürzt. In der Krisenunterstützung erfolgt zunächst eine Kürzung um durchschnittlich 10 Prozent, später, sobald sich das neue System erst eingestellt hat, wird die Kürzung doppelt so hoch werden. Selbst die Unterstützungssätze für die Wohlfahrtsvereinslosen werden unter dem neuen Kurs um 15 Prozent herabgedrückt. Eine solche Reform, die organisatorische Mängel nicht beseitigt, dafür aber die ganze Masse der Erwerbslosen in materielle Elend hinabdrückt, ohne ihnen eine Aussicht auf Beschäftigungsmöglichkeiten, auf Arbeitsbeschaffung zur psychologischen Entlastung ihrer Lage gewähren zu können — eine solche Reform haben wir kaum für möglich gehalten, geschweige denn befürwortet.“

Ähnliche Stimmen aus dem republikanischen Lager und eben so von der Rechten könnten wir zu Dutzenden zitieren, aber der Platz reicht nicht aus. Wir begnügen uns deshalb mit der Wiedergabe der obigen Stimmen.

Wer sie liest, sollte immer wieder daran denken, und es weitertragen, daß die Regierung, die sich jetzt mit ihrer ersten Notverordnung der Öffentlichkeit vorgestellt hat, bei ihrem Regierungsantritt geschworen hatte, ohne Notverordnungen regieren zu wollen, und daß diese Regierung ein Kabinett von Gewerkschaften und Nationalsozialisten ist. Wenn die Führung dieser Partei nur noch für einen heiliger Schamgefühl besitzen würde, so müßte sie wenigstens jetzt das Wort „Arbeitspartei“ aus ihrer Firma streichen.

Arbeitsinvaliden an Binsenburg

Der Verbandstag des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden hat heute vormittag nach Kenntnisnahme der neuen Notverordnung nachstehendes Telegramm an den Reichspräsidenten geschickt:

An den Herrn Reichspräsidenten! Berlin.

Verbandstag Zentralverband der Arbeitsinvaliden Breslau, Vertretung über 350 000 Invaliden, ist empört über die furchterlichen Kürzungen der Arbeitsinvalidenrenten durch neue Notverordnung. Die Regierung Papen hat Sie, Herr Reichspräsident, falsch beraten. Durch Notverordnung wird soziale Not unermesslich gesteigert. Notverordnung atmet unsozialen Geist und widerspricht wahren christlichen, nationalen Notwendigkeiten. Arbeitsinvaliden erklären die Regierung Papen als Feind und sprechen Ihnen, Herr Reichspräsident, das Bedauern aus für den Erlaß der neuen Notverordnung.

Die Staatsmänner sollen zuerst beraten

Beschluss der Generalkommission der Abrüstungskonferenz

Die am Dienstagvormittag abgehaltene Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz gipfelte in dem Beschluß, die Beratungen der Generalkommission erst wieder aufzunehmen, wenn aus den privaten Besprechungen der Staatsmänner Grundlagen für neue politische Beschlüsse herorgegangen seien. Man rechnet allgemein damit, daß die Wiederaufnahme wohl im Laufe der nächsten Woche erfolgen könne, nachdem die Konferenzarbeit von Lausanne vorübergehend auf die Sachverständigenausschüsse übergegangen sein wird.

Betont wurde die Wichtigkeit der heutigen Sitzung schon durch die Anwesenheit der Delegationsführer. Für Deutschland nahm Adolphe Teil, für Frankreich Herriot und Paul Boncour, für England Sir John Simon, für Amerika Gibson, für Italien Grandi, für Belgien Hymans und de Braudere, für Rußland Lunarski-Galkin und für Spanien Madariaga. Der Vorsitzende Henderson gab zunächst einen Bericht über die Kommissionsergebnisse, deren Prüfung erst möglich sei, wenn die privaten Besprechungen Ergebnisse erzielt hätten. Eine Anregung Paul Boncours, das einzige positive Ergebnis der Kommissionen, nämlich den Vorschlag auf Abschaffung der chemischen Kriegsmittel sofort in Angriff zu nehmen für die Einarbeitung in die Abrüstungskonvention, mußte Henderson mit dem Hinweis zurückstellen, daß ein deutlicher Antrag vorliege, der zuerst in der Generalkommission beraten werden müsse. Adolphe Teil, der diesen Antrag bereits gestern den Delegationen von Italien, England und Rußland übergeben hatte, erklärte sich mit der von Henderson vorgeschlagenen Arbeitsmethode einverstanden.

Der deutsche Antrag erinnert zunächst an die Entschlüsse der Generalkommission über die qualitative Abrüstung und den ersten entscheidenden Schritt dieser Konferenz auf das tiefstmögliche Rüstungsniveau und schlägt dann für die quantitative Abrüstung die folgenden Grenzlinien vor: Land- und Luftkräfte: Artillerie über 10 Zentimeter Kaliber und mit über 16 Kilometer Tragweite, Tanks und Panzerautos, bewegliche Panzerzüge und Panzerzüge mit Besatzung über 10 Zentimeter Kaliber und über 15 Kilometer Tragweite, endlich Flugzeugen, deren äußerste Werke näher als 15 Kilometer an der Grenze liegen; Seerüstungen: Minenschnitzboote über 10000 Tonnen, Flugzeugmutterboote, U-Boote, Auslegen von automatisch arbeitenden Torpedos; Luft- und Seeflugzeuge (hierzu gibt der Antrag die bekannte deutsche Definition für Militärflugzeuge), sämtliche Waffen, Kampfmittel und Vorrichtungen für die Verwendung in Flugzeugen; chemische Rüstungen: alle für Menschen und Tiere schädlichen chemischen und bakteriologischen Stoffe und die Vorrichtungen für ihre Verwendung, Brandbomben und Schlangenwerfer.

Da man nicht in eine Beratung der Grundfragen selbst eintraten wollte, nahm Herriot für die französische Delegation nur Kenntnis von dem deutschen Antrag, zu dem er im gegebenen Augenblick Frankreichs bekannte Vorbehalte einbringen werde. Italien und Rußland erklärten bereits heute ihre Zustimmung zu Deutschlands Antrag. Sir John Simons unterstrich das entschlossene Festhalten Englands und Amerikas an der qualitativen Abrüstung. Auf seinen Zweifel an der praktischen Verwertbarkeit der privaten Meinungsaustausche zwischen den Staatsmännern sagte Henderson die allgemeine Meinung dahin zusammen, daß durch gegenseitigen Austausch der erzielten Verständigungen sehr gut eine Basis für die Generalkommission gefunden werden könne. Man werde dann jede erfolgreiche allgemeine Verständigung für jeden einzelnen Punkt der qualitativen Abrüstung wie der noch schwebenden politischen Grundfragen sofort für sich zur Entscheidung stellen. Auf ausdrückliche Intervention von Madariaga, Spanien, der einen Antrag zum Verbot der privaten und Kontrolle der staatlichen Waffen- und Munitionsherstellung sowie des Handels ankündigte, wurde auch diese Frage ausdrücklich in die Beratungsgegenstände der kommenden Besprechungen einbezogen.

Dr. Edener sagt ab

Die neue bürgerliche Partei, die sich Deutsche Nationalpartei nennen will, obwohl sie von dem trefflichen Namen Schleicher-Partei nicht loskommen wird, hatte auf die Persönlichkeit des Vorkämpfers Dr. Hugo Edener gerechnet. Dr. Edener hat jedoch am Dienstag eine telegraphische Absage nach Berlin gelangen lassen. Er ist auf der Gründungsverammlung am Dienstagabend nicht erschienen.

Gibt Herr von Papen in Lausanne nach?

Will er deshalb dem Außenaußschuß nicht Rede stehen?

Seit der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Friß dem Reichstag den Antrag auf Einberufung des Ausschusses überbringt, hat man nichts mehr von der Sache gehört. Inzwischen ist der Termin der Lausanner Konferenz herangefahren, und so besteht keine Aussicht mehr, daß der Ausschuß vor der Konferenz über die reparationspolitischen Gedanken und Absichten der Regierung Papen unterrichtet wird. Das Kabinett und mit ihm die Nationalsozialisten sind einer großen Verlegenheit überhoben. Stellen wir nun diesen Bericht auf eine Aussprache vor dem Ausschuß mit der Dürftigkeit und Beschränktheit der Verbindungen zusammen, die das sogenannte Regierungsprogramm über die auswärtige Politik enthält, so haben wir wohl eine Erklärung für die bemerkenswerten Auffassungen, die ein Teil der Pariser Presse von den Ideen und Plänen der neuen Regierung in Deutschland hegt. Ihre Schwächen werden im Reich als Beweis für die Unfähigkeit zum Nachdenken aufgefaßt und das Pariser „Journal“ beispielsweise glaubt sicher sein zu dürfen, daß die Taktik der deutschen Unterhändler in Lausanne nicht

mehr so stark sein werde wie unter Brüning und daß der Reichskanzler Dr. Papen sich nur an die Realitäten halten und mit dem Erreichbaren sich zufrieden geben werde.

Ob die Franzosen mit dieser Einschätzung des derzeitigen Reichskanzlers recht haben, wird sich bald herausstellen. Aber wir müssen schon sagen: es spricht manches dafür, daß Herr von Papen weit davon entfernt ist, in Lausanne den starken Mann spielen zu wollen. Er möchte sich doch sehr bekanntes außenpolitisches Konzept sicher nicht verderben.

Gespant dürfen wir dann aber darauf sein, wie sich die Nationalsozialisten zu der größeren Geschwindigkeit der von ihnen tolerierten Regierung stellen werden. Der „Starke“ Brüning war ihnen doch bei weitem noch nicht stark genug. Werden sie nun Herrn von Papen einen Landesvertreter schenken, wenn er nach Hause zurückkehrt, ohne sich — um mit Hitler zu reden — zu einer endgültigen aktiven Auseinandersetzung mit Frankreich zusammengerauft zu haben? Oder ist in ihren Augen alles, was die Barone der nationalen Reorganisation tun oder unterlassen, von vornherein über jeden nationalen Zweifel erhaben?

Nazi-Verleumdungen über Sozialdemokraten

Wie in Wahrheit im Amt Hagenow gearbeitet wurde

Ein breites Stück nationalsozialistischer Hege gegen die Sozialdemokratie in Mecklenburg-Schwerin muß niedriger gehängt werden: Unter der Überschrift: „So hauchte die SPD“ und „Trostlose Finanzverhältnisse im Amt Hagenow“ weiß der „Angriff“ von einer angeblich ungläubigen Finanzmännlichkeit in dem früher unter sozialdemokratischer Führung stehenden Amt Hagenow (Mecklenburg-Schwerin) zu berichten. In dem Artikel wird behauptet, daß das Amt Hagenow eine Schuldenlast von 3 Millionen Mark habe, und zwar mehr Schulden als alle übrigen neun Ämter zusammen.

Nun hat das Amt Hagenow zwar nicht gerade 3 Millionen Mark Schulden, aber doch immerhin eine Schuldenlast von 2,75 Millionen Mark. Es war nämlich das einzige von den zehn mecklenburgischen Ämtern, die in geographischer Reihenfolge, und Wohnungs- und Betriebskosten betriebl. und zu diesem Zwecke natürlich Gelder aufnehmen mußte. Den 2,75 Millionen Mark Schulden steht aber heute in den Siedlungen und sonstigen Einrichtungen des Amtes Hagenow ein Vermögen gegenüber, das selbst bei vorsichtiger Bewertung erheblich größer ist als die Schuldenlast.

Der frühere sozialdemokratische Amtshauptmann Dr. Wohlers konnte übrigens Gelder für Zwecke des außerordentlichen Haushaltsplanes überhaupt nur aufnehmen, weil auch die bürgerliche Fraktion der Amtsverwaltung zustimmte. Die Amtsverwaltung in Mecklenburg-Schwerin schreibt nämlich vor, daß die Amtsverwaltungen Bewilligungen über die Aufnahme von Anleihen usw. nur mit Zweidrittelmehrheit fassen können. In der Amtsverammlung des Amtes Hagenow waren aber von den 21 Amtsvertretern nur 10 Sozialdemokraten. Mit Ausnahme eines Kommunisten gehörten die übrigen Amtsvertreter sämtlich der bürgerlichen Fraktion an. Nur wenn die bürgerliche Fraktion zustimmte, konnte eine Anleihe aufgenommen werden. Die meisten Anleihen wurden übrigens einstimmig oder fast einstimmig beschlossen.

Die Aufnahme von Anleihen ist den mecklenburgischen Ämtern aber auch noch dadurch erschwert, daß Anleihen nur aufgenommen werden dürfen, wenn auch der sogenannte Landesverwaltungsrat — ein Kontroll- und Überwachungsorgan des Staates — einem mit Zweidrittelmehrheit gefaßten Beschluß der Amtsverammlung auf Aufnahme einer Anleihe zustimmt.

Wenn der frühere sozialdemokratische Amtshauptmann des Amtes Hagenow für keine Siedlungen- und Arbeitsbeschaffungsarbeiten noch die Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit seiner Amtsverammlung, wie auch des Landesverwaltungsrates fand, dann ist damit der Beweis erbracht, daß von einer sozialdemokratischen Finanzmännlichkeit keine Rede sein kann.

Wie gesund die Finanzwirtschaft des Amtes Hagenow unter dem früheren sozialdemokratischen Amtshauptmann Dr. Wohlers war, geht auch aus den Abschlüssen der Haushalts-

Rechnungen hervor. Die Haushalts-Rechnung des Amtes Hagenow schloß in den Jahren 1927 bis 1931 stets mit einem, wenn auch geringen Ueberschuß ab. Der Ueberschuß betrug im Jahre 1927 4518 Mark, 1928 3868 Mark, 1929 8645 Mark, 1930 12 886 Mark, 1931 13 584 Mark. Interessant ist, daß im Gegensatz zu dem sozialdemokratisch geführten Amt Hagenow die bürgerlich geführten Nachbarämter Parchim und Ludwigslust mit Unterschüssen abschlossen. Das Amt Parchim hatte z. B. im Jahre 1930 einen Unterschuß von 60 000 Mark, das Amt Ludwigslust in den Jahren 1930 und 1931 insgesamt einen Unterschuß von 175 000 Mark.

Der Artikel im „Angriff“ ist also weiter nichts als der übliche Versuch der Nazis, sich als die Reineren und Retter hinzustellen; in Wirklichkeit war die Finanzwirtschaft im Amt Hagenow unter dem sozialdemokratischen Amtshauptmann Dr. Wohlers absolut einwandfrei und ist geradezu als mustergültig anzuspprechen. Wir werden sehen, was nun die nationalsozialistische Verwaltung tun wird!

Nazi-Wahl-Terror in Hessen!

Zahlreiche Uebersälle durch die SA. Mißbrauch der Wählerleichterungen

Darmstadt, 15. Juni. (Eigener Fundbericht.) Die für die Dauer des heftigen Wahlkampfes vom heftigen Ministerium des Innern gewährten Erleichterungen und Mildebetonen der geltenden Bestimmungen haben dank der Frechheit der Nazis und entgegen den von ihnen gegebenen Zusicherungen, jeden Mißbrauch zu vermeiden, zu schweren Unzulänglichkeiten geführt.

In Mainz und anderwärts marschieren die SA bereits wieder in voller Uniform auf. Der Darmstädter Nazi-Redakteur Glahn hat am Sonntag in einer Verammlung die Bauern aufgefordert, wie zu Zeiten Florian Geyers, die Senen zu säen und gegen die jetzigen heftigen Machhaber loszugehen. In verschiedenen Orten im Odenwald hat es infolge des Terrors von SA-Truppen, die mit Lastwagen herbeigeführt worden waren, zu großen Saalschlachten. So wurden in Reichelsbach von einer riesigen Naziübermacht sozialistische Versammlungsbesucher ohne jeden Anlaß überfallen und 15 Personen teilweise schwer verletzt. Auf dem Hauptplatz fand die Polizei zwei Militärpistolen, Revolver, 68 und

eine große Zahl Hieb- und Stichwaffen sowie sonstige Schlagwerkzeuge.

In Bensheim an der Bergstraße gab ein wegen mehrerer Einbrüche mit Zuchthaus vorbehafteter Nazi-Führer nachts ohne jeden Grund aus einem Fenster zwei Schüsse ab auf einen von einer Verammlung kommenden Trupp der Eisernen Front, unter dem sich der Referent, der bisherige Fraktionsführer der sozialdemokratischen Fraktion des heftigen Landtages, Finanzmann, befand.

Mit Rücksicht auf diese und ähnliche Vorfälle, deren Wiederholung angesichts der Haltung der Nazis in erhöhtem Maße droht, hat der heftige Innenminister das Verbot des Transports von Versammlungsteilnehmern mit Lastkraftwagen in vollem Umfange wieder in Kraft gesetzt. Außerdem wird in der nächsten Bekanntgabe zum Ausdruck gebracht, daß das Tragen von Parteiuniformen nach wie vor verboten bleibt. Die Polizei ist angewiesen worden, das Verbot mit aller Energie durchzuführen.

Führertagung der Naturfreunde

Mensch und Natur in Lappland — Interessantes von Wettermachern

Unter diesem Motto rief die Gauleitung des Touristenvereins der Naturfreunde, Gau Schlesien, für den 4. und 5. Juni die schlesischen Naturfreunde zu einer Wochenendtagung in Striegau zusammen. Per pedes und auf Tretautomobilen erschienen die meisten Teilnehmer zur Tagung. Man muß dem Verlaufe der Tagung selbst beigewohnt haben, um ermaßen zu können, unter welchen Opfern sich die einzelnen Mitglieder der Teilnahme ermöglichten. Unter schwierigen Verhältnissen hatte die Striegauer Ortsgruppe eine Ausstellung arrangiert, wobei die Photo-Ausstellung, die Steinsammlung und die Aquarien besonders hervorgehoben seien. Durch regen Besuch der Ausstellung dokumentierte die Striegauer Arbeiterschaft, daß sie den Kulturbestrebungen der Naturfreunde sympathisch gegenübersteht.

Mit dem Vortrag des Herrn Prof. W. Müller „Quer durch Lappland“, wurde am Sonnabend die Tagung, die vorher durch einige Begrüßungsworte des Striegauer Führerobmanns, Frd. Böhm, und des Gauführerobmannes Frd. Ohnsorge, eröffnet worden war, begonnen. In anschaulicher Weise machte Prof. W. Müller die Hörer mit der Weite und herben Schönheit Lapplands, mit den Eigenheiten und Gepflogenheiten der Lappländer bekannt. Erzählte uns von den Rentierherden, von Fahrten mit altersschwachen Autos durch weiten Gebiete und zeigte in herrlichen bunten Lichtbildern die Flora des hohen Nordens. Besonders interessiert begegneten seine Ausführungen über die Erzzugewinnung am Erzberg des Kirunavara. Im Tagebau wird hier der Malm, so heißt das schwedische Magnetkieserz, gewonnen und wird auf einer eigens für diese Transportzwecke errichteten Bahn nach Narvik, einem Hafen im hohen Norden der skandinavischen Halbinsel am Atlantischen Ozean gelegen, oder nach Dulca, einem Hafen im nördlichen Teil des Borenschen Meerbusens gebracht. Von hier ging und geht es noch per Schiff in alle Welt. Jedoch die Weitrise verläuft auch den hohen Norden nicht und der Erzabfuhr stößt ungeheuer. In amerikanischem Tempo muß aus dem Nichts das heute 1100 Einwohner zählende Städtchen Abisko, das am Fuße des Erzberges liegt.

Seine Ausführungen, die fast über zwei Stunden in Anspruch nahmen, gipfelten darin, indem er uns mit Rat und Tat zur Seite stehen werde, wenn wir etwa die Absicht hätten, uns auch in die Gefilde des hohen Nordens zu verirren. Nach mehrtägigem Ermessen dürften diese Hoffnungen für uns Naturfreunde in nächster Zeit nicht eintreffen.

Die Arbeitstagung am Sonntag, die Herr Köse vom Observatorium in Breslau bestritt, erklärte den Anwesenden das Instrumentarium, die Vorrichtungen und die Wetterarten, die notwendig sind, um ein einigermaßen anständiges Wetter „zu machen“. Die populäre und humorvolle Art, die seinem Vortragswesen eigen ist, zog bald die Hörer in seinen Bann und sie folgten ihm theoretisch willig bis in die Stratosphäre. Sein Versuch, das trodene Gebiet der Wetterkunde zu einem volkstümlichen Wissensgebiet zu machen, ist ihm auf dieser Tagung wieder in vollem Maße geglückt. In der daran anschließenden Diskussion wurden alle Regeln, die sich im Volk über das Wetter allmählich herausgebildet hatten, einen eingehenden Kritik unterzogen. Es zeigte sich, daß an den meisten Regeln sehr viel Glauben und Ueberlieferung hängt. Daß aber die Schöpfakte im Juni mit ziemlicher Genauigkeit eintritt, der verregnete Juli zur Regel gehört und ein nicht verregneter Juli in einem Jahre eine tatsächliche Ausnahme darstellt. In kurzem Schlusswort dankte Freund Ohnsorge den Rednern für ihre Mithewaltung und mit dem Rufe „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ wurde die Tagung geschlossen. Der Nachmittag verbrachte alle Freunde zu einer botanischen Exkursion in die Umgegend von Striegau, die mit mancherlei Seltenem und Interessantem auf dem Gebiete der Flora prunten kann. E. D.

Wasserport

Freie Schwimmer Breslau e. V. Werbeschwimmen am Donnerstag, den 16. Juni. Alle Teilnehmer, die frei sind, Donnerstag, 6 Uhr, im Poseidonbad. Alle übrigen 7 Uhr Hundsfelder Eisenbahnbrücke. — Abteilungen bringen Stoppuhren und Wasserballkappen (rote und weiße) mit. Wasserball wird von zwei Auswahlmannschaften gespielt. A-Mannschaft: Richter, Salschütz, Klingeburger, Kubnert G., Oswald, Kretschmer, Weber; B-Mannschaft: Grubolle, Sowka, Kaluza, Grieblich, Köhler, Siriechel E., Betsch, Erjak, Seidel, Schwarzbach. — Schwimmen 10 Jahre Poseidonbad: Sonntag, 19. Juni. Fackelzug: Freitag, 19.30 Uhr im Poseidonbad. Mitglieder aller Abteilungen sollen teilnehmend! Startkartenausgabe ebenfalls Freitag. Mittagessen für 15 Piesinger Genossen. Meldungen bis Freitag an Genossen Hoffmann. — Kampfrichter für Donnerstag und Sonntag: Blümel R., Duhale, Fuchs, Fichtner, Grund sen., Franke W., Hamann, Harke, Grubolle, F. Bräsel, Grentsch, Wursche, Wulff-Piegnitz, Kretschmer, Schmidt G., Schüller, Kalkan, Wirsche, Kubnert.

Abteilung Ost. Sonnabend, den 18. Juni, 20 Uhr, im Straußschen Bade Abteilungsverammlung. Alle, auch die neu eingetretenen Mitglieder müssen anwesend sein. Funktionäre eine Stunde vorher.

Touristenverein „Die Naturfreunde“

Donnerstag: Vereinsabend im Gewerkschaftshaus. Niemand darf fehlen! Sonnabend ab 22 Uhr in Peiskermis: Sonnenwende. Treffpunkt und Abmarschzeiten werden noch bekanntgegeben. Freitag ab 17 Uhr im Stadion Außenspiele.

WIEDERHOLUNG Hören Sie den Vortrag

des bekannten Redners und Kardiologen Walter Gerbs am Donnerstag, den 16. Juni, nachmittags 4 Uhr und abends 8.15 Uhr, im Gesellschaftshaus Lwoll, Neuborgr. 35; Freitag, den 17. Juni, nachmittags 4 Uhr und abends 8.15 Uhr, im Gesellschaftshaus Worbang, Gräßener Str. 94.

Ueberraschende Heilerfolge

Wir zeigen Ihnen gänzlich neue Wege auf dem Gebiete. Aus dem Inhalt: Warum Altersschwäche? — Arterienverfälschung — Gehirner Schlag — Schilddrüsenkrämpfe in Tagen beiläufig — Befreiung von Herzschmerz, Rheumatismus, Gicht, Ischias — Atmung, Entlastung der Lunge — Erfolgreiche Behandlung von Nervenleiden, Kopfschmerz, Darm- und Herzbeschwerden — Nieren- und Leberleiden — Offene Beine, Krampfadern usw. Keine Beschwerden der Wechseljahre mehr — Praktische Beweise — Keine Medikamente — Keine elektrischen Apparate — Keine Homöopathie — Keine Biochemie, gänzlich neue Erzeugnisse — Leistung jetzt oder später kostenlos und unverbindlich. Eintritt frei! — Nur für Erwachsene! Sollten Sie verhindert sein, den Vortrag zu besuchen, erhalten Sie Aufklärung gegen Entlohnung von 20 Pf. in Form eines Kassenbogens, beim Schilddrüsenhof, Gräßener Str. 94. Wir bitten den Rezenten, für weitere genaue Aufklärung durch unsere Bezirksvereine.

Bruchst Du Geld, Sei ohne Sorgen, Leihhaus Wachtel Wird Dir borgen. Geld auf Pfänder aller Art Schmiedebrücke 64/65, 1. Etage — Tel. 242 19

Hammerschläge der Verbilligung

Jeder Schlag ein Schlager

Darum zuerst zu **TIETZ** Breslau

DAS FREIE WORT

BRINGT STETS **DAS AKTUELLESTE ZUM WAHLKAMPF**

Bestelle es noch heute bei der **Volkswacht-Buchhandlung** Flurstraße 4/6 oder auf dem Postamt (Postzeitungsliste 1930, Seite 86) Es kostet monatlich **85 Pf.** zuzüglich Porto Verlange vom Verlag Probenummern und Werbematerial gratis und portofrei

STADTHEATER Mittwoch, 20 bis 22.30 **Madame Butterfly** Donnerstag, 20 bis gegen 23 **Schwarzwaldmädel** Dienstag, 20 bis 23 **Die Zauberflöte**

Krankheitsgeschwüre, Wunden aller Art, Fiebristen, Hämorrhoiden, Hautflecken heilt die vielbewährte **Hell- u. Kahlalsalbe** handbll. schmerz- juckstillend **Hygiea - Apotheke** Breslau, Tarnobitzerstr. 91, Ecke Grünstr.

Bargeld sofort auf **Motorräder, Fahrräder Nähmaschinen Schreibmaschinen Radioapparate pp.** Keine Einzelteilgebühren **Leihhaus Hubenstr. 24** Tel. 323 19

Stiele Nuzeligen Das neueste geistig erprobte für Körperbau, Verdauung, Schlaf, Nerven, Blut, etc. etc. **Hygiea - Apotheke**

Fahrrad, auch für älteren Herren, nur 25.— Oelnerstr. 4, III., 23.

Zur Allthees und Strigen, die innerhalb 14 Tagen nach Abgang des Menstruations sich abheben, kann eine gesunde für Frauen weise Lösung nicht übersehen werden. **Verlag der Volkswacht**

Die kleine Anzeige die Du einlegen magst, wenn Du weiter, verkaufen und lernen willst, gehört in Deine Zeitung **in die Volkswacht!** Dort ist es billiger als in der hiesigen Zeitung und bringt Dir **bestimmten Erfolg!**

Preis-Revolution Es geht weiter!

Rohnessel 80 cm breit, für einfache Wäsche Meter 22 ⚡	Küchenhandtücher reinleinen 45x100 cm groß, gestümt und gebündert Stück 38 ⚡
Kaffedecken groß, leinenartig, 110x150 cm groß karierte Muster . . . Stück 95 ⚡	Bettlaken Rohnessel 140x200 cm groß . . . Stück 95 ⚡
Waschmusseline bedruckt Meter 26 ⚡	Wasch-Kunstseiden bedruckt, hübsche Muster Meter 39 ⚡
Sporthemdenstoffe bedruckt schwere Ware . . . Meter 38 ⚡	Trikot-Dam.-Schlüpfer feinfarbig, gute Qualität Größe 42 bis 44 . . . Paar 45 ⚡
Frott.-Badehandtücher gute Frottéqualität Stück 68, 55 39 ⚡	Mädchen-Hemden Stück, Ausführg., Gr. 45, Stück pro Größe 10 Pf. mehr 48 ⚡
Kinder-Schlüpfer feinfarbig, Größe 30 . . . Paar pro Größe 5 Pfennig mehr 25 ⚡	Schweiß-Socken schwere, wollgemischte Qual. . . Paar 38 ⚡
Vigonesocken kräftige Qualität, grau und braun Paar 18 ⚡	Damenstrümpfe Waschkunstseide, kleine Schönheitsteiler . . . Paar 58 ⚡
Männerhemden kräftiger Oxford, volle Größe Stück . . . 1.68	Bademäntel schwere Frottéqualität Jaquardmst. St. 6.75, 4.95 3.95
Damenschürzen gezeichnete Handarbeit, schöne Muster . . . Stück 38 ⚡	Damenkleider gezeichnet, fertig genäht Stück 1.38 ungenäht Stück 95 ⚡
Herren-Hosenträger prima Gummi Paar 38 ⚡	Krawatten in verschied. Ausführungen Regattes, Schleiten, Stück 38 ⚡
Wickelschürzen extra Weit, St. 1,28, normale Weiten, Größe 42/44, Stück 98 ⚡	Träger-Stickerei Hoblaumkante, Meter 15, 12 8 ⚡
Damengürtel Leder und Leder-Imitation zum Ausschauen! . . . Stück 29 ⚡	Damenhüte modern garniert schöne Geflechte, viele Ausführungen . . . Stück 1.45 95 ⚡
Damen-Pantoffeln türkisch gemustert, Filzsohle Absatzleick Paar 68 ⚡	Hallen-Turnschuhe für Damen, Paar 48, 1. Kinder Größe 25/30 Paar 38 ⚡
Vorhangleinen - Imitat. 80 cm breit, mod. gestr., gute erprobte Zephir-Qual., Meter 29 ⚡	Wachstuche 100 cm breit, helle Muster Meter 75 ⚡
Gummi-Tischdecken bildschön gebümt, 85/115 cm groß Stück 88 ⚡	Liegestühle stabil, mit Armlehne, fester Bezug . . . Stück 2.95

Original-Siemens Einkochgläser

Beste helle Ware, massiver Rand mit Gummiring **Garantiert größte Hitzebeständigkeit!**

eng 1/2 3/4 1 1 1/2 2 Liter

Stück **24, 28, 30, 33, 36** ⚡

weil **26, 28, 30, 38, 45** ⚡



Breslauer Nachrichten

Swischenspiel in einem kleinen Cafe

Es ist um die Mittagsstunde in einem kleinen Cafe der... Zwei Republikaner sitzen darin als einzige Gäste...

Und plötzlich haben die beiden republikanischen Gäste Gegenheit, die phantastischen Erneuerer Deutschlands in Augen...

Der ältere Herr erklärt sich freundlich lächelnd mit Herrn...

Darauf der andere: „D. nichts weiter, mir waren nur un-

Der ältere Herr: — — — — — Dann ab durch die Tür.

Dieje wird plötzlich noch einmal aufgeschoben und einer der...

Geächter der beiden Republikaner bealeitet ihn hinaus.

Kein zufällig fliegt mit dieser Zuschrift auch ein Schreiben...

Wir glauben, das er es nötig hat, wenn wir ihm dazu Glück...

Man merkt sich solche Dinge.

Nichts geht über das Geschäft

Nazikaufleute suchen marxistische Kundenschaft

Entscheidliches hat sich nach der Meinung der Breslauer Nazi-

„An alle Nichtnazioten Leerbeutel!

Teilen hierdurch mit, daß der Kaufmann...

Das erschrecklichste dabei ist aber, daß irgendein Nazi den...

Warum sich die Herren Njchmann wohl so aufregen? Wenn...

Daß in der Familie Machse plötzlich eine Terrorortgruppe...

Wir konnten uns aber andererseits überzeugen, daß...

Wann dem ja sein „Marxist“ die Schwelle überschreitet.

Eine berechnigte Warnung der Volkswacht

Der „Führer“ des Reichsverbandes deutscher Erwerbsloser zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt

Vor etwa zwei Wochen beschäftigte sich die „Volkswacht“ als einzige Breslauer Zeitung mit...

Herrmann hat dieses erbärmliche Handwerk aber nicht erst...

Die einkassierten Gelder sollten zu Lohnzahlungen benutzt...

Ein dritter Zeuge war von dem großzügigen Unternehmer...

ferner ein Zettel vor, der einem Parteifreunde in der Heinrich-

du verfluchte Judensau „Stern“, laß dich...

Wenn wird Herr Njchmann nun verklagen, wenn die Juden...

Freitag, den 17. Juni, abends 19,30 Uhr, Mit-

gliederversammlung des Ortsvereins Groß-

Schießwerdersaal. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Tagesordnung:

1. Die politische Lage im Reich und in der

2. Aufstellung der Kandidaten zur Reichstags-

wahl.

Seite zu stehen, soweit das in seinen Kräften steht. So kam es,

Der Staatsanwalt, der 2 1/2 Jahre Zuchthaus gegen Herr-

Merkwürdigerweise wurde der Gauner aber nicht sofort...

Die „Volkswacht“ hat in ihren Veröffentlichungen über den...

Tragödie der Not

In ihrer Wohnung im Hause Schwendfeldstraße 7 hat sich...

Die Lebensmüde hatte ihre drei Kinder im Alter von 1, 2...

Freitod im Wasser

Die am 13. Juni unterhalb des Strauchwehres geborgene...

Betrunkener Kutscher fährt in einen Leichenwagen

Bei einem Leichenzug kamen gestern nachmittag am Schweid-

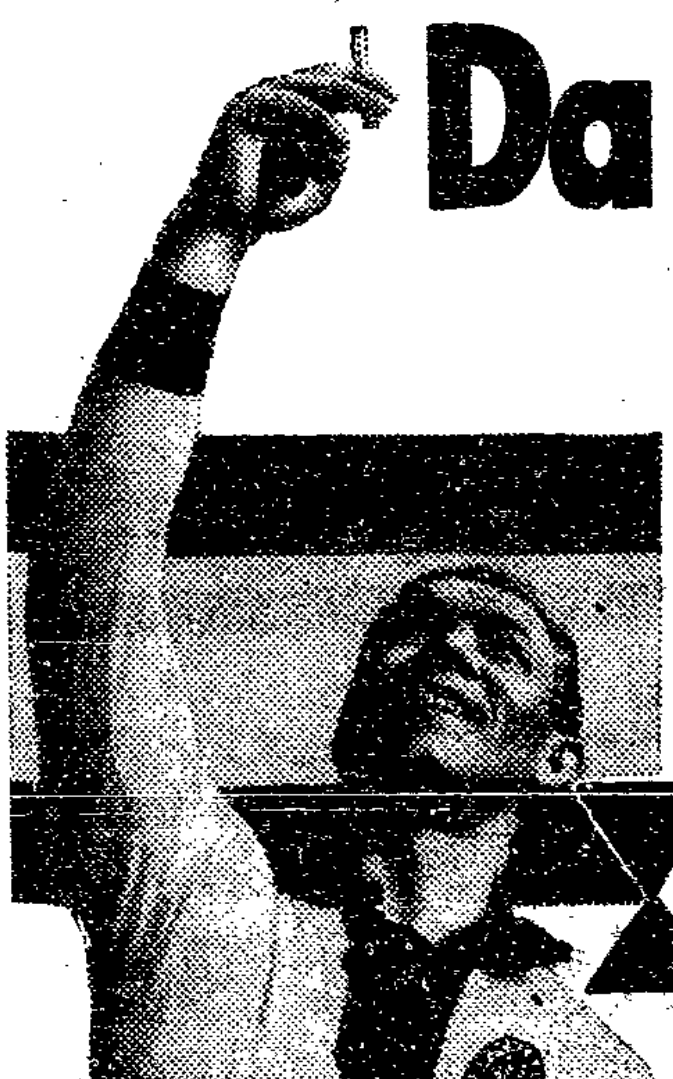
Da gibts keine Bedenken.

Wenn die Bulgaria jetzt mit einer 3 1/3 Pfg.-Zigarette ers-

Jetzt haben Sie die 3 1/3 Pfg.-Zigarette aus wundervollen...

BULGARIA die 3 1/3 SPORT 6 Zigaretten 20 Pfg.

3 1/3 der Bulgaria mit Sport-Photos



Direkt aus der Fabrik von Herzberg & Co.



Ostdeutschlands
größte Likörfabrik

Herzberg & Co.

gibt die eigenen Fabrikate in 9 Fabrikniederlagen ab:

Nöthenstraße 45	Bücherplatz 17
Leuthenstraße 10	Mühlenschloßstraße 3
Frankfurter Str. 103	Selenkestraße 17
Gnietzschplatz 7	Niesterstraße 44
Gräbischener Straße 66	

Vom Faß, per Liter

Breslauer 25%	Mk. 1.50
Breithäuser 22%	1.90
Rathaus-Creme	2.20
Weinbrand-Verschnitt	2.60
Weinbrand echt	3.30
Rum-Verschnitt 38%	2.85
Prima April	Mk. 4.50

Liköre

1/2 Flasche	1/2 Flasche
2.20	1.15
Leuchtkäfer, Antseete, Pergamotte-Aroma, Kümmel, Pfefferminz	
35% Mk. 2.00	Mk. 1.00
Prunelle, Danziger Goldwasser, Curacao, Stonsdorfer, Blutorange, Kurfürsten, Halb und Halb, Cherry Brandy, Ingwer-Magen usw.	

Extracine Liköre

mit Flasche	Mk. 2.90
Eiscreme	2.40
Annaberger	2.40
Alpenkräuter	3.50
Abelkräuter	2.90
Nelsette	4.—
Eiskümmel 50%	4.—
Boonekamp 48%	4.—
Lebenstropfen 50%	4.—
(für Magenkränke)	
Nimbersaft Liter	Mk. 1.20

Deutscher Weinbrand

hergestellt aus französ. Weinen

Medizin im Hause

Weinbrand-Verschnitt, p. Fl. 2.70

Echter Weinbrand " " 3.00

Aller Weinbrand**** " 4.00

Weinbrand ganz alt***** " 5.00

Keine Destillen mit sitzenden Gästen, sondern Fabrik-Verkaufsstellen

Briefe

bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen

Breslaus Glend

Weitere Vermehrung der Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen in Breslau

Die Zahl der arbeitsfähigen Wohlfahrtserwerbslosen betrug in Breslau am 31. Mai d. J. insgesamt 47 041 Hauptunterstützte, das sind auf 1000 Einwohner berechnet, mehr als 78. Die Steigerung gegenüber dem Stande vom 30. April beträgt nahezu 1000, gegenüber dem Stande von Ende Mai vorigen Jahres rund 14 600. Setzt man die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen für die Zeit vor einem Jahre gleich Hundert, so ergibt sich für den jetzigen Stand der Zahl von 155.

Die Gesamtzahl der beim Wohlfahrtsamt infolge Arbeitslosigkeit unterstützten Personen (also einschließlich der Mitunterstützten) beträgt rund 88 000 Personen. Zusammen mit den Unterstützten des Arbeitsamtes erreichte in Breslau die Zahl aller wegen Arbeitslosigkeit Unterstützten am Anfang des Monats die Höhe von etwa 144 000.

Gegenüber dem Höchststande vom März d. J. ist eine durch saisonmäßige Belebung des Arbeitsmarktes erfolgte Minderung um nur rund 7000 Personen festzustellen. Da aber bei verschiedenen Gewerbezweigen in der Saisonbelebung bereits ein Abfließen gemeldet wird, eröffnen sich für die weitere Gestaltung des Arbeitsmarktes und damit für die finanzielle Belastung der Stadtgemeinde keine Ausblicke auf Besserung.

Mitglieder-Versammlung der Deutschen Friedensgesellschaft, D.-G. Breslau

Ein erschütterndes Zeichen dafür, daß die immer drohender werdende Kriegsgefahr auch die Freunde des Friedens wieder auf den Plan ruft, war die Mitglieder-Versammlung der Deutschen Friedensgesellschaft, D.-G. Breslau, die vor einigen Tagen im Kaufmannsheim stattfand. Eine große Anzahl von Gästen hatte sich eingefunden und vollkommene Aufmerksamkeit wurde der Besprechung des Krieges für die Erhaltung des Friedens gewidmet. Beigetragen zu dem ersten Besuche hat auch das zeitgemäße Referat des Herrn R. A. Keiler über „Landesverratsproben“. Der Referent begann seine Ausführungen mit einer Erläuterung des Begriffes und einer Klarlegung der entsprechenden Paragraphen des Strafgesetzbuches, um dann an Hand von zahlreichen Beispielen aus der Nachkriegszeit die Rolle der Landesverratsproben in der Nachkriegszeit zu erklären. Eine wichtige Rolle spielte dabei der Unterschied zwischen echtem, d. h. aus Gewinnabsichten betriebenen Landesverrat und dem unechten, der ideale Motive zur Grundlage hat, ein Unterschied, der im heutigen Strafrecht und auch im neuen Strafrechtsentwurf nicht genügend berücksichtigt wird. Die angeführten Beispiele bezeugen, wie aber der Landesverratsproben heute aus einer juristischen eine politische Angelegenheit geworden ist und keine Handhabung mit ein Grund der heutigen Vertrauenskrise der Justiz wurde. Eine gerechtere Handhabung der Landesverratsparagrafen sah er in der schon erwähnten Trennung zwischen gewinnabsichtigen und ideellem Landesverrat, in der Ausgestaltung des publizistischen Landesverrats, der Geheimnisse mehr und in der Einordnung der Kriegsgeheimnisse unter die Landesverratsparagrafen, wie das in einigen Staaten bereits der Fall ist.

Das mit großem Beifall aufgenommene Referat gab Anlaß zu einer sehr angeregten und fruchtbaren Diskussion. Im Anschluß daran und an allgemein politische Ausführungen des ersten Vorsitzenden nahm die Versammlung einstimmig die nachfolgende Resolution an:

„Die Ortsgruppe Breslau der DFG. schließt sich der von mehreren Ortsgruppen des Landesverbandes gefaßten Resolution an, in der der Hauptvorstand aufgefordert wird, den Entwürfen im Fernen Osten und dem drohenden japanisch-russischen Konflikt die größte Aufmerksamkeit zu schenken und alle Maßnahmen zu ergreifen, um den Konflikt zu unterbinden, insbesondere sich sofort mit der Leitung des Internationalen Transportarbeiter-Verbandes in Verbindung zu setzen, damit alle Transporte, nicht nur von Kriegsmaterial, nach den betreffenden Ländern unterbunden werden.“

Sie erhebt ferner Widerspruch gegen die Besetzung des Schriftstellers Carl von Ossietzky zu anderthalb Jahren Gefängnis und die Suspendierung Hein Herbers vom Schuldienst und stellt fest, daß diesen beiden untadeligen Männern schwerer Unrecht geschehen ist.

Sie erklärt, daß sie trotz Unterdrückung und drohenden Verbotes weiter für die Wahrheit und den Frieden gegen Faschismus und Militarismus kämpfen wird.“

Unnötige Verteuerung des Fleisches

Von der Breslauer Fleischerinnung wird uns geschrieben:

In einer Zeit, in der Staat, Kommunen und jeder einzelne Kaufmann und Gewerbetreibende sich bemüht, alle Maßnahmen zu treffen, um im Hinblick auf die bittere Not die Preise für Gegenstände des Verbrauchs hauptsächlich solche für lebensnotwendige Nahrungsmittel möglichst niedrig zu halten, soll sich, wie man hört, der Magistrat der Stadt Breslau mit dem Gedanken tragen, den Viehantrieb am bedeutendsten Schlachthausmarkt der Provinz, der am Mittwoch jeder Woche in Breslau stattfindet, künstlich einzudämmen, indem er sich dazu entschließen will, die Zufuhr von Vieh am Markttag auf dem Landwege zu verbieten. Es soll also künstlich der Zutrieb gedrosselt werden in einer Zeit, wo freier Handel und Wandel sich längst als vorteilhaft und unbedingt notwendig im Sinne aller Beteiligten herausgestellt hat, insbesondere bei der Ermittlung billigerer Preise. Man kann nicht annehmen, daß Erwägungen des Magistrats diesen Absichten zu Grunde liegen, weil dieser ja nur ein Interesse daran haben kann, durch möglichst großen Zutrieb den Schlachthausmarkt zu fördern, den kleinen Landwirten in der unmittelbaren Umgegend der Stadt, speziell in den eingemeindeten Gebieten von Groß-Breslau, zu dienen und der armen Stadt-

Frauen-Werbefeiern

Abteilung Südwest

Brauer, Seiditzstraße, Mittwoch, den 15. Juni 1932, 20 Uhr. Referent: Genossin Ida Wolff-Brieg. Musik, Rezitation Genosse Hegelschneider.

Abteilungen Ober- und Sandtor

(einschließlich der eingemeindeten Distrikte 43, 51, 52, 53)

Bergfelder, Kleinfalkstraße, Mittwoch, den 15. Juni 1932, 20 Uhr. Referent: Genossin E. Uebe. Mitwirkung der Arbeiter-Mandollisten, der Roten Falken, Rezitationen und der Roten Blumen. Funktionäre erscheinen 18.30 Uhr. Sämtliche Distrikts- und Sturmfahnen sind mitzubringen.

Abteilung Süden-Strohener Tor

Hiedler, Bohrauer Straße 36, Mittwoch, den 15. Juni 1932, 20 Uhr. Mitwirkung der Arbeiterkinderfreunde. Gesang, Rezitationen. Redner: Genosse E. Landsberg. Thema: „Die gottgewollte organische Entwicklung der Dinge“ und die Frauen.

Abteilung Innere Stadt (Distrikt 19 und 34)

Rugbäum, großer Saal, Kupfergasse, Mittwoch, den 15. Juni, 20 Uhr, Bildervortrag „Das rote Wien“, Mitwirkung der SAJ-Gruppe. Redner: Gen. W. Lippmann.

Distrikt 43 (Tschansch)

Donnerstag, 16. Juni, 20 Uhr, bei Karsatz, Groß-Tschansch, großer Saal, Frauenunterbebung. Rednerin Genossin Jodeli (Rezitationen, Musik, Arbeiterkinderfreunde).

Abteilung Gräbisch-Kleinburg (einschließlich des Distrikts 38)

Jägerhof, Gräbischstraße 181, Donnerstag, den 16. Juni, abends 8 Uhr. Referent: Genossin Marie N. Jörge, W. v. R. Waldenburg, Mitwirkung der Roten Falken, der Roten Blumen, Schreckschür, Einzelrezitationen, Musik. Alle Distrikts- und Sturmfahnen müssen um 18.30 Uhr im Saale sein.

bevölkerung billigstes Frischfleisch zur Verfügung zu stellen. Großhändler, Kommissionäre, Genossenschaften usw. haben offenbar auf die Landwirtschaftslammer einen entsprechenden Druck ausgeübt und unter Vernachlässigung der Interessen der kleinen Landwirte und Stellenbesitzer in der Umgegend von Breslau beim Minister den Antrag gestellt, seinerseits auf den Magistrat einzuwirken, so daß lediglich das Großhandelsgewerbe und die großen Güter, Genossenschaften usw. praktisch in der Lage sind, ihr Vieh anzubieten.

Der kleine Viehhalter aus der Umgegend der Stadt bringt nämlich unter Verzicht auf jeglichen Zwischenhandel direkt am frühen Morgen des Markttag mit seinem Wagen seine zwei, drei Schweine und sein Kalb, dann und wann auch ein Großvieh zum Verkauf. Ihm entstehen relativ geringe Transportkosten, er erspart sich Uebernachtungsgeld, Einstell- und Futtergeld für seine Tiere, die er im anderen Falle, d. h. wenn er gezwungen wird, schon am Tage vorher anzufahren, aufbringen müßte. Das kann er auch keinesfalls, in einer Zeit, in der so vieles schon eine äußerst ungünstige Konjunktur ihm wenig für sein Vieh zubilligt. Wird ihm aber die Zufuhrmöglichkeit durch das oben angeordnete Verbot mit einem Schlag genommen, dann muß er sich entweder zu diesen höchst unnötigen Ausgaben entschließen oder er muß sein Vieh dem Zwischenhandel, einem Kommissionär oder einer Genossenschaft überlassen. Daß dies die Viehpreise steigern muß, ohne daß der produzierende kleine Landwirt nur einen Pfennig davon sieht, liegt auf der Hand. Letzten Endes sind dann natürlich infolge dieser künstlich gesteigerten Viehpreise die Verbraucher in der Stadt diejenigen, die die Preise in Form gesteigerter Fleischpreise bezahlen müssen.

Wir fragen den Magistrat an, ob er sich zum Verfechter derartiger Verordnungen machen lassen will oder ob er auf die Interessen der Breslauer Bürger Rücksicht nehmen will.

Gefahren der Straße

Auf der Straße nach Deutsch-Lissa fuhr ein Motorradfahrer in einem Reichspostkraftwagen, der plötzlich auf die linke Straßenseite abbog. Der Fahrer wurde von dem Kraftwagen auf den Sommerweg gedrückt, worauf die Herrschaft über das Rad und seine Beine einen Baum. Fahrer und Soziusfahrer erlitten leichte Verletzungen, das Rad wurde stark beschädigt.

In der Nähe der Kreuzung Weltgasse fußen gestern nach 10 Uhr abends ein Radfahrer und ein Motorradfahrer zusammen. Der Radfahrer stürzte und zog sich eine Schenkelverletzung zu. Er wurde von Passanten in das Allgemeines Krankenhaus geschafft.

Das Auge angeschlagen

Auf der Albrechtstraße gerieten gestern, gegen Mitternacht, der Arbeiter J. aus Schindlitz und der Schneider J. in einen Streit, der in Tätlichkeiten ausartete, wobei dem J. mit einem Schlüssel das linke Auge angeschlagen wurde. Der Verletzte wurde in das Allgemeines Krankenhaus überführt.

Das Magistratsbüro „Gezänkete“

ist am Freitag, den 10. d. M. von Albrechtstraße 30 nach Springerstraße 5/9, III, verlegt worden.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Verwaltung:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 107-170
Telefon Nummern 590 60-590 61
Sitzzeit außer Sonnabend von 9-1 und 4-7 Uhr

Engerer Parteivorstand
Morgen Donnerstag 18 Uhr Sitzung im Parteibüro.
Erweiterter Parteivorstand
Morgen Donnerstag 20 Uhr unter der Galerie des großen Saales des Gewerkschaftshauses Sitzung.

Distrikt 34. Alle Genossinnen und Genossen erscheinen heute 20 Uhr im großen Saal, Eingang Kupfergasse, zur öffentlichen Parteiverammlung. Gäste können durch Mitglieder eingelassen werden.

Distrikt 43. Donnerstag, 16. Juni, 20 Uhr, bei Karsatz, Groß-Tschansch, großer Saal, Frauenunterbebung. Rednerin Genossin Jodeli (Rezitationen, Musik, Arbeiterkinderfreunde).

Sozialistische Arbeiterjugend
Achtung, Funktionäre! Heute um 19 Uhr wichtige Funktionärsversammlung im Gewerkschaftshaus. Jeder Funktionär muß unbedingt erscheinen! Beim 7 (Eitelner Tor). Heute 18 Uhr auf der Wollschweiger Wiese Spielplatz.

Freiwerkwirtschaftliches Jugendbündel
In alle Gruppen! Heute im Stadion Kufenspiele. Kollege G. G. hat die Leitung. Beginn der Spiele um 18 Uhr.
Baugewerkschaftsjugend. Alles ist heute zum Helmbabend. Wir beginnen pünktlich um 19.30 Uhr im Jugendheim des Gewerkschaftshauses. Thema: 2 und 3. Referent: Genossin Toni S. in m. e. l.
Nahrungsmittelarbeiterjugend. Donnerstag sind wir im Jugendheim. Beginn um 19.30 Uhr mit der Referat: „In der Verbund.“
Betriebsarbeiterjugend. Ein aktuelles Thema wird im Hermbabend Freitag im Jugendheim des Gewerkschaftshauses um 19.30 Uhr behandelt: „Kommunismus und Religion.“

Monatliche Jugend
Heute 14.30 Uhr Fortsetzung der Bilderdiskussion zur Werbung für unterer Lager. Es referiert Genosse D. H. a. m. a. l. e über „Das Rheinland.“ 17.30 Uhr im Saale der Monistischen Gemeinde, Grünstraße 14/16. Gäste eingeladen sind die Eltern unserer Jugendlichen und die Mitglieder der Monistischen Gemeinde.

Freidenkerjugend
Gruppe Südost. Heute im Heim Tauenhakenstraße 82 (Schule 2. a. Zimmer 3) Filmabend über „China, Land und Leute, und sein Freiheitskämpfer.“ Beginn pünktlich 20 Uhr. Gäste willkommen!

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde Breslau
Abteilungsleiter rechnen bestimmt am Freitag, den 17. Juni, von 18 bis 20 Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer an der Tafel.
Gruppe 2 (Scheidt). Meetings sind heute Mittwoch um 15 Uhr im Gewerkschaftshaus zum Zimmermann-Kursus.

Abteilung 4 (Nikolaitor). Heute alle Mitglieder um 15.30 Uhr am Spielplatz. Wir gehen zu Otto Zimmermann. Jung- und Koffalten Mithrasfeier aus. Donnerstag treffen sich alle Jung- und Koffalten 15.30 Uhr am Spielplatz zum Zimmermann. Heimabend für Jung- und Koffalten fällt aus. Pünktlich 17 Uhr Unterrichtsstunde. Freitag fallen die Kufenspiele aus. Sonntag fällt das Turnen aus.

Abteilung 5. Alle Meetings treffen sich zur Teilnahme am Kursus. Zimmermann heute Mittwoch um 15.30 Uhr am Dietzplatz, Ecke Reich- und Jollernstraße. Alle Jung- und Koffalten treffen sich zum Otto-Zimmermann-Kursus am Donnerstag 15.30 Uhr am Sonntagplatz. Die Falken, die beim Spiel mitwirken, sind am Donnerstag vollständig und pünktlich in Jollernstraße 19.30 Uhr im Jägerhof, Gräbischener Straße.

Abteilung 9 (Dürrgog). Mittwoch und Donnerstag fällt der Gruppenabend aus. Freitag kommen alle Jungkoffalten in der Schule zusammen. Sonntag gehen wir alle auf Jellshof. Treffpunkt 16.30 Uhr an der Schule.

Abteilung 11 (Nippelweg). Wegen Kursus mit Otto Zimmermann sind wir die Elternversammlung auf nächste Woche verschoben. Sonntag 14.30 Uhr treffen sich Kol- und Jungkoffalten am Voberplatz zum Zimmermann-Kursus.

Abteilung 12 (Hundsfehd). Jung- und Koffalten heute Wiese. Die Monistische Jugend hat vollständig zu erscheinen. Turnleistung ist Bedingung. Sonntag 14.30 Uhr im Heim. - Aktion, Helfer! Sonntag 14 Uhr Gruppenabend im Heim. Wir stellen jedem Falken anheim, von unserer Sparsparnrichtung Gebrauch zu machen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Die Vereingung des verstorbenen Kameraden Paul Weigelt (Abteilung Süd) findet heute 18 Uhr im Allgemeinen-Kameradenhaus, Gräbischener Straße, aus nach Gräbisch statt. Die Fahnen und Kameraden treffen sich um 15.45 Uhr im Hofe des Allgemeinen-Kameradenhauses.

Abteilung Tschansch. Sonnabend, den 18. Juni, 10 Uhr, Antreten aller Kameraden der Abteilung vor dem Lokal von Mäher. Lampen sind zu bringen.

Kamerad 10 (Severing). Die für kommenden Freitag angeordnete Versammlung fällt aus. Alle Kameraden, welche der SPD. angehören, gehen in Parteiverammlung.

Jungkammer. Heute 20 Uhr im Jugendheim des Gewerkschaftshauses Funktionärsversammlung aller der Elternfront angeschlossenen Jugendverbände. Es erscheinen haben Jungbannführer und -Geiseln, Kuffierer, Jung- und Kameraden.

Jungbannführer Süd (Frank). Heute fällt der Heimabend aus. Sonntag Abendpausgang mit feinem Schupwert. Treffpunkt 20 Uhr Jollernstraße.

Jungbannführer West (Stum). Morgen Antreten sämtlicher Kameraden in Kaserne-Halle. Turnspiele sind mitzubringen. Anschließend Jungkammer-Versammlung. Funktionäre bringen das Material mit.

Kamerad Jimpel. Sonnabend, den 18. Juni, 20 Uhr, bei Witte Parteiverammlung aller Kameraden.

Spezialausgang Kameraden-Gruppe. Morgen 19 Uhr bei Seibel, Katern. Jeder muß pünktlich erscheinen.

Spezialausgang Tschansch. Unter Neben fällt diese Woche aus.

Gruppe Süd. Wir gehen Sonntag auf Fahrt. Treffpunkt 6 Uhr Spielplatz.

Die 3-Weile-Kader,
das Arbeitsbündel der Elternfront, ist jederzeit auf dem Büro des Reichsbanners und bei den Zeitungshändlern zu haben.

Konzerte, Theater, Vergnügungen

Südpark-Konzert der Schlesischen Philharmonie. Donnerstag nächstes park-konzert der Schlesischen Philharmonie. Anfang 20 Uhr. Hermann bringt folgende Werke zur Aufführung: Beethoven: Sinfonie Nr. 8 in op. 93. Ouvertüre zu „Egmont“. Tchaikowsky: „Der Nussknacker“. Eintrittskarten zu 50 Pf. Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saale statt.

Stadtheater. Heute Mittwoch 20 Uhr: „Kabarett. Kutter“. Erika Tarbow in der Titelrolle. Donnerstag 20 Uhr: „Schwarz und weiß“. Freitag 20 Uhr: „Die Faubertstraße“. Sonnabend 20 Uhr: „Donnerstag“. 1. Teil.

Schiffahrt Räte Heilbrunn im Stadtheater. Räte Heilbrunn des Staatsoper, Berlin singt am Sonntag die Wämi in Vacinis „Die Wämi“.

Prof. Nöbling M. d. L.

der bekannte Diskussionspartner des Nazi-Theoretikers Fedor im Rundfunk, spricht am Montag, den 20. Juni, 20 Uhr im Zirkus Busch

Eintrittskarten bei den Organisationen der Eisernen Front

Proletarischer Kulturwille

Die kapitalistische Gesellschaft tracht in allen Tugenden. Ihr wirtschaftlicher Vortritt wird durch die Zusammenbrüche großer Unternehmungen, der geistige durch die Nazibewegung charakterisiert. Subventionen des Staates stützen Agrarier, Großindustrielle, Banken. In diesem Chaos stehen die proletarischen Organisationen. Sie konnten bisher in ihren Grundlagen erhalten bleiben, weil die Solidaritäts-Ideologie sich kräftig genug erwies.

Ein Einblick in den Geschäftsbericht des Deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes bestätigt das aufs neue. Der Bericht umfaßt die Zeit von 1929 bis 1932. Selbstverständlich machen sich die Wirkungen der Krise bemerkbar. So sind die Beiträge des Geschäftsjahres 1931/32 um den Betrag für 27 000 Mitglieder zurückgegangen. Rund 442 000 Mark sind dem Bund als Beiträge zugeflossen. Der Schatz der Chöre vor Aufzählungsgeschichten auf Grund des Urheberrechtes bringt die Hauptbelastung des Bundes Etats mit rund 127 000 Mark. 28,6 Prozent aller Beitragseinnahmen müssen dem Musikverlegerband als Verlagsgebühren bezahlt werden. Um die Leistungsfähigkeit der Dirigenten der Arbeiterchöre zu fördern, beteiligte sich der Bund an den staatlichen Chorleiterkursen durch Uebernahme der Tücher und Tagelöhner. Dies ergab eine Belastung von etwa 32 000 Mark. Aber auch die Schulung der Funktionäre, die alljährlich in dem Ferienheim der Zoche in Friedrichroda durch einwöchige Kurse erfolgte, erscheint mit 17 000 Mark im Etat. Aus diesen Zahlen ist die Kulturarbeit des Arbeiter-Sänger-Bundes zu erkennen.

Noch deutlicher tritt das bei dem nur für die Mitglieder des Deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes eingerichteten Verlag in Erscheinung. Autoren (Komponisten, Dichter, Bearbeiter, Uebersetzer), Motenzureiter — und die Mitglieder sind die Nutznießer dieser Einrichtung. Durch den eigenen Verlag kann der Arbeiterjüngern zu niedrigeren Preisen Material für den Chorbetrieb zur Verfügung gestellt werden. Auf diese Weise ist für die Autoren die weiteste Verbreitung ihrer Arbeiten möglich. Auch durch die gratis gelieferten Chöre, die in etwa 16 000 Partituren und 800 000 Stimmen verteilt wurden, wird die Verbreitung von neuem Liedmaterial wesentlich gefördert. Im Umfange des eigenen Verlages machte sich die Krise am stärksten bemerkbar. Gegenüber dem Jahre 1929/30 ergibt sich für das Jahr 1931/32 eine Einnahmeverminderung von rund 55 Prozent. Auch beim Bezug der Arbeiter-Sänger-Zeitung ist ein Rückgang um etwa 25 Prozent festzustellen. In diesen Zahlen zeigt sich die Auswirkung der Arbeitslosigkeit auf den Dasein der Chöre über eine neunzigprozentige Erwerbslosigkeit der Mitglieder berichtet. Wenn unter solchen Umständen der Durchschnitts-Mitgliederbestand mit 42 (gegenüber 52 ja Verein im Jahre 1929) festgestellt werden kann, dann kann nur erfolgreichem Widerstand der Arbeiter-Sängerbewegung gegenüber dem Angriff der Krise gesprochen werden. Die Gesamt-Mitgliederzahl wurde statistisch mit 188 737 (darunter 60 945 Frauen) für 4453 Vereine ermittelt. Die Jugendlichen (bis 20 Jahre) sind in dieser Zahl mit 17 804 (darunter 9105 weibliche) vertreten. Das Bestreben, auch die Kinder für den Chorbetrieb zu interessieren, hat zu 183 gemeldeten Kinderscharen mit 11 067 Kindern (davon 7086 Mädchen) geführt. An unterrichtenden Mitgliedern meldet die Statistik 126 135. Diese Feststellungen berechtigen sicher zu der in der jetzigen Notzeit erteilenden Schlussfolgerung: Die sozialistische Idee führt auch die ringenden Proletarier zu einer achtunggebietenden Gemeinschaft. Es bleibt noch festzustellen, daß die Behörden trotz aller schönen Reden über die notwendige Kulturarbeit für diese Kulturgemeinschaft der Arbeiter-Sänger nur selten Unterstützung übrig haben.

Ermahnt sei auch, daß sich (neben der Wirtschaftskrise) die K. D. zur Aufgabe gestellt hätten, dem Arbeiter-Sänger-Bund Schwierigkeiten zu bereiten. Allerdings hat der kommunistische Sängerbund Kampfgemeinschaft bisher nur den Austritt von etwa 3—4000 Mitgliedern erreichen können. Wenn die organisierte Arbeiter-Sängerbewegung sich grundsätzlich und praktisch zum Arbeiter-Sänger-Bund bekennt, dann wird auch die kommende Geschäftsperiode, trotz Wirtschaftskrise und trotz Spaltungsversuchen, den proletarischen Aufbauwille nicht brechen können, wie er in der Tätigkeit des Arbeiter-Sänger-Bundes zum Ausdruck kommt. K. D.

Höhenforschung

Es gibt in der Tat mehr Geheimnisse zwischen Himmel und Erde, als der sogenannte gesunde Menschenverstand sich träumen läßt. Weit über die spekulativen Weltbilder der klassischen Philosophen ist unsere Forschung hinausgewachsen. Immer neue Ergebnisse werden erzielt; geben zu neuen Arbeitshypothesen Veranlassung, mit denen man zu noch weiteren Ergebnissen gelangt, die wiederum alte Anschauungen ins Wanken bringen. Der Weg der Forschung führt über unendliche Trümmer menschlicher Logik. Alles ist im Fluße, der Zweifel regiert und das Handgeleit, das sinnlich Wahrnehmbare zerrinnt bei näherem Zusehen.

Seitdem Becquerel 1896 die Radioaktivität der Uranverbindungen festgestellt hatte, nachdem ein Jahr zuvor Röntgen seine X-Strahlen gefunden hatte, die später nach ihm benannt wurden, ist die Forschung den geheimnisvollen Strahlungen der Materie ständig auf der Spur geblieben. Bald hatte sie erkannt, daß die ganze Erdoberfläche von radioaktiven Strahlen umgeben ist. Selbst so einfache Gebilde wie die Ziegelsteine, aus denen unsere Häuser zum großen Teil gebaut sind, senden geheimnisvolle Strahlen aus. Überall ist Radioaktivität, überall eine Unmenge von Kräften, deren Vorhandensein leicht mit dem Elektroskop festgestellt werden kann. Die Heilkräfte mancher Quellen, z. B. in Baden-Baden, in Gastein oder Fischl, geht auf ihre besonders große Radioaktivität zurück. Die Strahlung, die „Lorpuskular“, d. h. körperlich ist, zeigt, daß ein ständiger Atomzerfall stattfindet. Ohne Unterlaß werden Atome zertrümmert und ausgestrahlt.

Lange Zeit tobte in der Wissenschaft der Kampf der Meinungen über die Herkunft der Strahlen. Viele glaubten, daß sie nur in irdischen Stoffen zu finden sei. Man hatte festgestellt, daß die Strahlung am Erdboden besonders intensiv war. Man maß die Strahlung in gewisser Höhe über dem Erdboden, z. B. auf Türmen und stellte eine bestimmte Abnahme fest. Die Gegner dieser Ansicht aber gaben sich nicht zufrieden. Sie suchten größere Höhen auf, sei es im Gebirge, sei es mit Hilfe des Freiballon, und siehe da, es stellte sich heraus, daß in etwa neun Kilometern Höhe die Strahlung 50 mal so stark wie am Erdboden war. Die Umgebung der Erde ist also sowohl von Strahlungen umgeben, die von fernem Welten ausgehen, als auch von solchen, die auf unsem Planeten selbst erzeugt werden.

Die große Öffentlichkeit horchte erst auf, als das Vorhaben des Professors Piccard bekannt wurde, der mit einem eigens für diesen Zweck erbauten Ballon in die Stratosphäre vorbrang. Piccard wollte in dieser Höhe einwandfreie Messungen über die Art und Intensität der Höhenstrahlen anstellen. Bisher jedoch hat er von irgendwelchen Veröffentlichungen Abstand genommen, da seine Ergebnisse nur sehr gering geblieben sind. Der Aufstieg war bekanntlich nicht geklärt. Der Ballon schrie die Gondel recht anfangs und stieg dann mit D-Juggeschwindigkeit in die erste große Höhe, da die Ventilettasche sich verjüngte hatte, so daß die Gasfüllung nicht reguliert werden konnte. Infolge dieser Schnelligkeit und anderer Unbilligkeiten konnten die geplanten Messungen nicht durchgeführt werden. Professor Piccard will jetzt wieder in die Stratosphäre emporklettern oder einem seiner Assistenten den Ballon anvertrauen. Die Höhenfahrt soll

wiederholt werden, um doch noch zu wissenschaftlichen Ergebnissen zu kommen. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß der Ballon mit Instrumenten ausgerüstet wird, die der Pionier der Höhenforschung, Professor Kolhörster, geschaffen hat. Professor Kolhörster, durch dessen Arbeiten Deutschland auf diesem Gebiete bisher die unbestrittene Führung hat, unternahm in den Jahren 1912 bis 1914 68 Aufstiege mit Hilfe der Bitterfelder Luftschiffer. Er hat dann auf dem Jungfraujoch gemeinsam mit Dr. Gubert von Sallis im Jahre 1928 Messungen der Höhenstrahlung vorgenommen, deren Durchschnittswerte noch vollkommen mit den vor 13 und 14 Jahren gewonnenen übereinstimmen. Vor kurzem gelangen ihm neue Höhenfahrten im Freiballon, bei denen wieder eine Bestätigung der Durchschnittsergebnisse gefunden wurden. Kolhörster erkannte bei seinen Forschungen, daß die den Gammastrahlen des Radiums verwandten Höhenstrahlen ihre Durchdringungsfähigkeit ändern. Am Erdboden ist sie sehr stark. In 6 bis 7 Kilometern Höhe nimmt sie ab; die Strahlen werden weicher. In 9 Kilometern Höhe aber nimmt ihre Härte wieder zu. Gerade in dieser Feststellung erblickt Kolhörster den Beweis dafür, daß diese Strahlen ihren Ursprung im Weltall haben müssen. Nun aber zeigen sich in der von Kolhörster als kritisch bezeichneten Höhe von 6 Kilometern merkwürdige Schwankungen der Messergebnisse, die bei weitem über die Fehlergrenze der Apparate hinausgehen. Bis heute können diese Unregelmäßigkeiten nicht gedeutet werden. Daher plant Professor Kolhörster, diese Forschungen in den nächsten Jahren in einer Höhe von über 6 Kilometern fortzusetzen. Interessant ist es auch, daß die sogenannte Inversion — das sind Temperaturschwankungen in der Atmosphäre — von großem Einfluß auf die Intensität der Strahlungen ist. Hier müssen heute noch unbekannte Einflüsse wirksam sein, die der Forschung neue Rätsel aufgeben. Vielleicht bringen schon Forschungsarbeiten dieses Jahres neue Erkenntnisse.

Diese Forschungen werden im allgemeinen als abseits liegend betrachtet. Trotzdem können sie ein allgemeines Interesse beanspruchen. Die Höhenstrahlung übt zweifellos auch biologische Einflüsse aus. In jeder Sekunde wirkt ein Bombardement der unfaßbar kurzwelligen, körperhaften Höhenstrahlen auf das Gewebe unseres Körpers ein. Wahrscheinlich werden auch Atome, die unsern Körper aufbauen, dadurch zerstört. Hier liegen demnach auch Aufgaben für den Mediziner, deren Lösung für die Öffentlichkeit von größtem Interesse sein wird. Doch auch die Industrie vertritt sich von diesen Forschungen Vorteile. Das zeigte sich auf der jüngsten Tagung der deutschen Bauingenieurgesellschaft in Münster, auf der der Altmeister der radioaktiven Forschung, Lord Rutherford, über Erinnerungen aus den Tagen dieser Wissenschaft sprach. Eine Reihe von Vorträgen beschäftigte sich mit den radioaktiven chemischen Vorgängen. Die Entwicklung geht immer mehr dahin, die Radioaktivität zu einem Werkzeuge des Chemikers zu machen. Schon heute hat man durch die sogenannte Indikatormethode die Möglichkeit, das Vorhandensein geringster Mengen chemischer Elemente nachzuweisen, eine Aufgabe, die mit den bisher bekannten Mitteln nicht zu lösen war. Die kurzwelligen Gammastrahlen werden auch zu Verstoffunterforschungen benutzt.

Diese wenigen Beispiele zeigen, wie weit abliegende, scheinbar rein theoretische Forschungen plötzlich praktisch wirksam werden können. Fast möchte man es bedauern, daß dem wihbegierigen Menschen nicht die Möglichkeit gegeben ist, nach Jahrtausenden zu erfahren, welche Erkenntnisse neuen Generationen von Forschern zuteil gemorden sind.

Willy Bus.

Das Eisenbahntentat

Von Claudio Orval

Boris drückte sich an den Häusern entlang und war bestrebt, so schnell wie möglich vorwärts zu kommen. Von Zeit zu Zeit wendete er sich um und warf unruhige Blicke zurück. Mächtig blieb er stehen, und Herzensangst verzerrte sein Gesicht: irgendwo in der Stadt gab es eine Schießerei. Mit geklemmtem Kopf lauschte Boris angepannt und verjügte festzustellen, aus welcher Richtung der Lärm zu ihm herüberdrönte. Bald verfluchte das Getöse der Flintenschüsse. Nach einigen Sekunden verhartete Boris in aufmerksamer Haltung, dann begann er von neuem seinen Lauf. Ein Blick nach hinten zeigte ihm einen ihm auf den Fersen folgenden Mann, und instinktiv griff seine Hand nach dem Revolver in der Tasche. Er drängte sich mit dem Rücken noch enger an die Mauer, als er im selben Augenblick die Züge seines anscheinenden Feindes erkannte.

„Wassiliem“, rief er ihm entgegen, „du kommst von dorther?“

„Ja. Diese Schurken waren jedenfalls durch ihre Spione informiert und überfielen das Haus. Ich schlug zwei von ihnen nieder und vermochte zu entfliehen, nachdem ich zuvor noch all unsere Papiere zusammenraffen konnte. . . Aber vorwärts! Halten wir uns nicht länger auf!“

„Und die anderen?“

„Sie haben sich in unseren zweiten Unterschlupf zurückgezogen, außer Smirnow und Kizilow. Sie sind tot.“

„Wir werden unsere Motoren hier auf der Landstraße zurücklassen, Boris! An dieser Stelle ist der Damm leicht zu erklimmen. Zwanzig Meter weiter führt der Eisenbahnstrang durch eine tiefe Schlucht. Das rote Kreuz, das du hier siehst, bezeichnet die Uebergangsbrücke; unsere Bombe wird sie spalten und der Zug, der wenige Minuten später erscheint, stürzt unfehlbar in den Abgrund und begräbt unter seinen Trümmern denjenigen, der den Tod so vieler unserer Brüder auf dem Gewissen hat. Dieses Mal entgeht er seinem Schicksal nicht!“

„Gut!“

„Schnelligkeit! Wassiliem den Plan zusammen und steckte ihn zu sich. Boris drehte sich eine Zigarette und zündete sie an. Seine Blicke schweiften durch das Zimmer, freiteten Kolben und Fahrvorläufe und blieben schließlich an einem Metallzylinder haften, der auf dem Tisch lag.

„Das hier ist also die Bombe?“

„Ja. Sobald das Ding umgeföhrt ist, bleibt uns genau eine Minute, die aber vollkommen genügt, der Gefahrenzone zu entkommen.“

„Ausgezeichnet!“ befragte Boris.

„Ach, ich vergaß!“ rief jetzt Wassiliem. „Als ich unsere Papiere einpackte, nahm ich gleichfalls einen Brief an mich, der kurz zuvor für dich abgegeben worden war. Hier ist er!“

Boris fiedte zerrissen die Hand nach dem Brief aus.

„Er ist von meiner Frau!“ bemerkte er erstarrt.

„Ah!“ machte Wassiliem gleichgültig.

Dem Freund den Rücken wendend, überflog er einige Papiere, als er plötzlich aufwar, während seine Nieren einen ungeheuren Schmerz ausbrachten. Die Finger von Boris hatten sich in seinen Arm gefaßt und waren ihm tief ins Fleisch eingedrungen. Er verzichtete auf einen heftigen Ausbruch, drehte sich dabei rasch herum und starrte Boris betroffen an. Die Augen weit geöffnet, hielt dieser ihn noch weiterhin anklammert. Wassiliem schrie:

„Was hast du denn?“ schalt er. „Aber ja laß mich doch los! Was ist denn?“ Sprich endlich!“

„Schrecken!“ wollte Boris wie ein Trankener.

„Willst du mir nicht endlich erklären . . .?“ fragte ihn Wassiliem wütend.

„Der Zug . . . der Zug . . .“ stotterte Boris mit geisterhafter Stimme.

„Der Zug? . . . Was ist denn mit dem Zug?“

Wer fertig ist, dem ist nichts recht zu machen; Ein Werbenber wird immer dankbar sein.

Goethe.

„Meine Frau . . . meine Frau kommt mit diesem Zug an.“ Das Antlitz Wassiliems verhärtete sich. Duster blidte er auf den Unglücklichen, der große Anstrengungen machte, sich auf seinen schlotternden Beinen aufrecht zu halten.

„Armer Kerl!“ murmelte er endlich, „es ist schrecklich, was dich da trifft. Mut! Natürlich bleibst du hier; ich werde inzwischen die Kameraden oben in Kenntnis setzen.“

„Nein, nein, geh nicht!“ schrie Boris, sich ihm entgegenwerfend. „Benachrichtige niemand, ich will es nicht. Verlaß mich nicht! Man wird den Plan doch nun wohl nicht ausführen, wie, Wassiliem?“

„Antworte!“ So antwortete doch! . . .“

Eine tiefe Kalte grub sich in die Stirn Wassiliems, und er behauptete ein hartnäckiges Schweigen.

„Aber so sage doch ein Wort! Du willst nicht?“

„Ah! ich errate. Was geht euch schließlich der Tod meiner Frau an! . . . Was schert es euch, daß ihr armer Körper durch die furchtbare Explosion zerfallen wird! Ihr führt trotzdem aus, was ihr beschlossen habt . . . Aber nein doch! Nein! nein!“

Mit einem Satz gewann er die Tür und schob den Riegel vor; er lehnte sich gegen sie, während seine Faust einen Browning umspannte, den er auf die Brust Wassiliems richtete.

Rast zügte Wassiliem die Kassein.

„Was hast du vor? Du willst mich töten? Und was dann? Sogleich werden die Kameraden von dort oben herunterkommen. Du hast doch nicht die Absicht, sie niederzuknallen? Nein, nicht wahr? Sei ein Mann, Boris! Ich bin dein Freund, ich habe Mitleid mit dir; die anderen aber haben viele unserer Brüder zu rächen. Trotz deiner, trotz meiner, werden sie handeln!“

„Mut, Boris!“

Der Browning atterte in der Faust von Boris, und zwei große Tränen stürzten ihm aus den Augen.

„Nadia!“ Meine kleine Nadia!“ stammelte er. „Nein, nein, es darf nicht geschehen!“

Dünnsichtig ließ er seine Pistole sinken und hielt sich an einem Tisch fest, neben dem er gerade stand, sonst wäre er zu Boden gesunken.

Aufmerksam, den Körper vorgebeugt, beobachtete Wassiliem das Gesicht des Unglücklichen. Plötzlich fragte ihn Boris mit ruhiger Stimme:

„Wieviel Uhr ist es genau?“

„Sieben Uhr, siebenunddreißig!“

„Danke!“

„Sehr fleisch, aber mit friedlichem Gesichtsausdruck, die Augen in die Ferne gerichtet, stand Boris hochaufgerichtet da und machte nicht die geringste Bewegung. Von einer schrecklichen Durchgriffen, dachte Wassiliem angeknirscht nach.“

Da ließ sich Boris von neuem vernehmen.

„Wie spät ist es jetzt?“

„Fast achtunddreißig! Aber warum?“

„Endlich!“

Da stürzte Wassiliem vor und rief ein Geheul aus:

„Die Bombe! . . . Die Bombe! . . .“

Boris umschlang ihn wie mit Eisenfesseln und hielt ihn an der Stelle fest, indem seine ruhige Stimme ganz nahe an dem Ohr des Freundes erklang: „Vor ungefähr einer Minute habe ich sie umgelegt! Noch wenige Sekunden, und wir sind nicht mehr! Lebe wohl, Nadia! Lebe wohl, du Heiligste! Dein Leben ist getettet!“

Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen.

Die gefräßige Spinne

Sie schützt die Wälder vor Raupenfraß

Die Spinnen zählen nicht gerade zu den Tieren, denen unsere Jünglinge gehört. Sie sehen häßlich aus mit ihren langen, dünnen Beinen, wenn sie in der Ecke ihres Netzes lauert oder behende darin herumklettern. Und doch sind die Spinnen sehr nützliche Tiere, die den schlimmsten Schädlingen des Waldes, den Raupen, zu Leibe gehen und dadurch schweren Schaden in den Forsten verhüten helfen.

Ueber die Nützlichkeit der Spinne und die Schäden, die durch Raupenfraß in unsern Wäldern verursacht werden, berichtete vor einiger Zeit in der „Umschau“ Dr. H. W. Schmidt. Von dem ungeheuren Schaden, der durch Raupen verursacht wird, kann man sich erst ein Bild machen, wenn man hört, daß in Bayern, dem waldreichsten Gebiet Deutschlands, im Jahre 1924 180 000 Hektar Wald durch Raupenfraß vernichtet worden sind. Außerdem ist ein Lichtfraß von 320 000 Hektar festgestellt worden. Infolge von Raupenfraß von 180 000 Hektar müssen 30 Millionen Festmeter Holz gefällt werden.

Der Raupenplage hat man auf die verschiedenste Weise Einhalt zu bieten versucht. Die bekannteste Methode ist das Ziehen von Leitungen um die Baumstämme, die den Aufstieg der Raupen zu den Kronen verhindern sollen. Bei dem katastrophalen Einfall der Kanne und des Kleberpinner, die vor einigen Jahren besonders die mächtigen Wälder heimgekehrt und große Waldstrecken vernichtet haben, hat man versucht, von Flugzeugen herab Gifte zu spritzen, denen die Schädlinge zum Opfer fallen sollten. Diefelbe Methode hat man inzwischen mehrfach zur Bekämpfung der Raupenplage angewandt. Die Gifte hat nur einen großen Nachteil. Zwar werden vom Bruchteil eines Milligramms die Raupen getötet, aber auch andere Tiere des Waldes fallen dem Gift zum Opfer. Besonders die Bienenvölker sterben in den Wäldern aus; in denen vom Flugzeug aus oder mit Motorspritzen Gifflösung an die Bäume gespritzt worden ist. Sogar der Wildbestand hat schwer darunter gelitten.

Um schon die Puppen nach Möglichkeit zu vernichten, hat man vielfach auch Schweine und Hühner in den Wald getrieben. Sie trafen und wühlten den Waldboden auf, fraßen die Puppen teilweise auf oder im Winter werden die Puppen, die so an die Oberflüche des Bodens gekommen sind, dann vom Frost vernichtet.

Auch unter den Insekten haben die Raupen Feinde. Und am tüchtigsten als Schühlerin der Wälder betätigt sich, wie schon erwähnt, die sonst so wenig beliebte Spinne. Die Spinne ist als Raupenbekämpferin vor allem deshalb so nützlich, weil sie einzeln für die Erhaltung ihres Körpers und andererseits für die Herstellung ihres Spinnwebens großer Mengen von Nahrung bedarf. Dr. Schmidt stellt folgenden interessanten Vergleich an: Wenn ein Mensch im Verhältnis zu seiner Größe dieselben Quantitäten Nahrung zu sich nehmen würde, wie die Spinne es tut, so müßte er pro Tag ein Kind und ein mittelgroßes Schwein verzehren. Dieser ungeheure Appetit der Spinnen kommt uns bei der Raupenbekämpfung sehr zu nützen. Die Spinne ihrerseits ist gegen ihre Verfolger durch ihre Farbe, die meist völlig ihrer Umgebung angepaßt ist, ausgezeichnet geschützt. Zudem ist sie mutig und flink und greift selbst Tiere, die härter sind, als sie selber an.

Wenn Wälder von besonders starker Raupenplage heimgekehrt werden, so kann man stets beobachten, daß auch die Spinnen in großer Zahl zuwandern. Eine Vernichtungswelt unter den Feinden unserer Wälder kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Wir müssen lernen, die Spinne als das nützlichste Tier anzusehen, das es ist und dürfen uns von ihrer Häßlichkeit nicht abschrecken lassen.

Berichtigung

In der letzten Literatur-Anschauung vom 8. Juni (Nr. 132) ist ein Druckfehler geblieben. Das Buch „Krise der Jugend“ ist im Verlag Hef & Co., Wien, Trattnerhof Nr. 1 erschienen.

Eisenbahnattentäter Matuschka vor dem Wiener Schwurgericht

Am Mittwoch begann vor dem Schwurgericht in Wien der Prozess gegen den Mann, dessen grauenvolle Verbrechen Europa mit lähmendem Entsetzen erfüllt haben — der Prozess gegen Matuschka. Ist Matuschka ein Narr oder ein abgeklärter Schurke, der nur den Narren mimt? Heute noch, da der Prozess schon beginnt, da die psychiatrischen Gutachten und die Protokolle der Verhöre mit Matuschka zu einem fast unübersehbaren Berg von Akten angewachsen sind, ist diese Frage nicht geklärt.

Enzbach

Am 30. Januar 1931 entlegte bei Enzbach in Niederösterreich der ExploSION Wien—Bafau. Nur durch einen glücklichen Zufall waren keine Menschenleben zu beklagen. Die Untersuchung ergab, daß ein Verbrecher die Entgleisung herbeigeführt hat, indem er eine schwere Eisenkugel an die Schienen festschraubte. Alles Suchen der Polizei blieb vergeblich; man konnte nicht feststellen, wo der Verbrecher die Traxerle und das Werkzeug mit dem die Tat verübt worden war, aufbewahrt hatte —, von dem Verbrecher selbst aber fehlte jede Spur.

Jüterbog

Ein halbes Jahr später — der rätselhafte Anschlag von Enzbach war noch unvergessen — durchdrang eine Schredensnachricht Europa: am 8. August, um 10 Uhr abends, entlegte bei Jüterbog der Schnellzug Basel—Berlin. Eine furchtbare Explosion hatte den Unglückszug aus den Schienen gehoben und der Länge nach hingeworfen. 169 Menschen blieben verlost auf der Unruhstättte. In der Nähe der Stelle, an der die Explosion erfolgte war, fand man einen Draht, Zündschnüre und ein Stück dynamit. Die nationalsozialistische Zeitung „Der Angriff“ über und über mit nationalsozialistischen und beschmiert mit Worten wie: „Attentat, Revolution, Sieg“. Mit feierhafter Hast arbeitete die Polizei ganz Europas an der Aufklärung dieser neuen Schredensnachricht, deren Zusammenhang mit dem Anschlag von Enzbach von Anfang an vermutet wurde. Aber alle Mühe blieb vergeblich; auch das Attentat von Jüterbog blieb in unentwirrbares Dunkel gehüllt.

und Via Torbagn

Da, kaum fünf Wochen nach dem Verbrechen von Jüterbog, legte der Telegraph eine neue Schredensnachricht durch die Welt, welche die von Enzbach und Jüterbog völlig in den Schatten stellte: am 13. September, knapp vor Mitternacht, wurde bei der ungarischen Bahnstation Via Torbagn der Schnellzug Budapest—Wien in die Luft gesprengt. Von dem ganzen Zug blieb im wörtlichen Sinne des Wortes nichts übrig als ein Trümmerhaufen, der 22 zur Unkenntlichkeit verstümmelte Leichen und eine Anzahl Verletzte deckte. Die Explosion war in dem Augenblick erfolgt, da der Zug über eine Brücke raste; die Lokomotive und die sechs ersten Waggons wurden durch die Wucht der Explosion tief hinunter ins Tal geschleudert. — Und wieder fand man in der Nähe der Unglücksstelle Drähte und Taschenbatterien und mit wirren Phrasen beschriftete Zettel.

Der Attentäter wird eingekreist

Unter den Verdächtigen, die sich nach dem Attentat von Via Torbagn meldeten, war ein vierzigjähriger Mann — Sil-

vester Matuschka. Er gab bereitwillig eine ausführliche Schilderung des Jungglücks, dem er angeblich zum Opfer gefallen war und wies mit auffälliger Wichtigkeit immer wieder auf seine übrigens sehr unbedeutenden Verletzungen im Gesicht hin. Diese „Verletzungen“ waren der ungarischen Polizei schon von Anfang an ziemlich verdächtig erschienen, da es stark den Anschein hatte, als habe sie sich Matuschka selbst zugefügt. Aber da man einzuweisen weitere Indizien gegen ihn nicht finden konnte, ließ man Matuschka nach einem kurzen Polizeiverhör in Budapest frei und gestattete ihm die Rückkehr nach Oesterreich. Während der Verlechte von Via Torbagn sich in Oesterreich bereits sicher und geborgen glaubte, sammelte die Polizei in Berlin, Budapest und Wien heimlich, aber mit fieberhafter Anstrengung neues Material gegen ihn, und am 7. Oktober war der Ring der Indizien um Matuschka so fest geschlossen, daß die Wiener Polizei zur Verhaftung schreiten konnte.

Matuschka spielte zwar den gekränkten Ehrenmann und mimte Verzweiflung und Empörung über das „Unrecht“, das ihm angetan wurde. Aber als sich zehn Tage später der Kraftwagenführer meldete, der den Attentäter von Enzbach in die Nähe der Attentatsstelle gefahren hatte und Matuschka eindeutig als seinen Fahrgast von damals wiedererkannte, als einen Tag später die Frau des Sprengmeisters eruiert wurde, bei dem Matuschka das Erbit für die Verbrechen Jüterbog und Via Torbagn gekauft hatte, und als schließlich Matuschkas eigene Gattin das Zeugnis ihres Mannes Lügen strafte, da brach der Verhaftete zusammen und legte ein umfassendes, wenn auch vollkommenes Geständnis ab. Er gab zu, sowohl den Anschlag von Enzbach, als auch die graufigen Verbrechen von Jüterbog und Via Torbagn verübt zu haben.

Der Schuldige an den furchterlichen Eisenbahnanschlägen des Jahres 1931 war gestellt. Das wahre Geheimnis aber — das Motiv dieser Schreckensstaten — blieb ungeklärt. Matuschka sprach, so oft man ihn über das Motiv seiner Verbrechen befragte, nur unzusammenhängende, ausweichende Worte und meinte häufig, er habe „die Menschheit erlösen“ wollen, er sei „gesendet“ worden, um ein neuer Führer der Menschheit zu werden“ und habe die Absicht gehabt, durch seine Verbrechen die Aufmerksamkeit der Menschheit auf seine „Sendung“ zu lenken.

Matuschka Weißgerdicht

Silvester Matuschka, der grauenvolle „Star“ des sensationellen Wiener Prozesses, zu dem die Berichterstatter fast aller großen Blätter der Welt nach Wien gekommen sind, ist am 24. Januar 1892 in heutigen Jugoslawien in dem Orte Odantavet als Sohn eines Gemischtwarenhändlers geboren. Er besuchte das Gymnasium und dann die Lehrerbildungsanstalt, wurde Lehrer und machte als Oberleutnant den Weltkrieg mit. Nach dem Umsturz kam er mit seiner Frau aus Budapest nach Wien — er hatte inzwischen aus irgendeiner dunklen Quelle ein namhaftes Vermögen erworben — erwarb hier mehrere Häuser und betrieb ein Realitätengeschäft und einen Zwiebelgroßhandel. Matuschka war außerdem, wie die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ feststellte, nicht nur ein frommer Arbeiter, sondern auch in der Zeit der Konterrevolution „Gärtling“ in Ungarn als Bandenführer in einem jener weißgerdichtischen „Ordnungsbataillone“ tätig, die durch ihre grausamen und blutigen Sozialistenmassaklers weithinberühmt geworden sind.

Versicherungsbetrug en gros

Händcabaden, ein neuer Erwerbsszweig
Die Untersuchung eines Kasseneinbruchs bei dem Sägewerksbesitzer Hrdy in Kozelnitz (Nordböhmen) führte Detektive der Prager Polizei auf mehrfache Versicherungsbetrügereien, die von einer achtköpfigen Gesellschaft, die verhaftet werden konnte, im Turnauer Gebiet gewerbsmäßig betrieben wurden.

Im Laufe der Untersuchung des Einbruchsdiebstahls, bei dem 90 000 Kronen verschwunden waren, wurde ermittelt, daß der Einbruch nur fingiert war, um Hrdy in den Besitz der Versicherungssumme zu bringen. Bei dem Betrug halfen ihm sein Bruder und zwei Landwirte aus Kovensto. Die Detektive stellten weiter fest, daß Hrdy einige Wochen früher absichtlich in den Straßengraben gefahren war, um die Versicherungssumme für den dabei zerstörten Wagen zu erhalten. Da das Auto nur zum Teil zerstört war, mietete er sich einen gewissen Zymund, der den Wagen mit einem Knüttel so zurechtete, daß die Versicherung die volle Prämie in Höhe von 22 000 Kronen auszahlen mußte.

Dieser Zymund lebte von einem eigenartigen Gewerbe. Er machte Menschen, die sich vorher bei einer Unfallversicherung hochversichert hatten, dadurch zu Krüppeln, daß er ihnen die Finger oder Hände abhaute. Es sind bisher 13 Fälle solche festgestellt worden. Er erhielt für seine menschenfreundliche Tätigkeit Honorare im Betrage von 15 000 bis 55 000 Kronen. Hrdy und sein Bruder versuchten es auch mit Brandstiftungen. Mit ihrer Hilfe kam ein Landwirt in Großkat zu einer Versicherungssumme von 150 000 Kronen. Durch diese Betrügereien sind die Versicherungsgesellschaften um insgesamt 600 000 Kronen geschädigt worden.

Schiffszusammenstoß

Die deutsche Ostafrikalinie teilt mit, daß der auf der Ausreise nach Südwest- und Südostafrika befindliche Passagierdampfer „Kissakuma“ heute früh um 6.30 Uhr 9 Meilen westlich vom Nordhornen Feuerlösch im Nebel mit dem Motorschiff „Los Angeles“ kollidiert und zur Zerstörung des Schiffes nach Bremerhaven zurückgeführt ist. Gefahr besteht nach Mitteilung des Kapitäns nicht.

Die Beschädigungen der „Los Angeles“ sind unbedeutend. Sie befindet sich auf der Heimreise nach Hamburg.

Wahnsinnstöt einer Mutter

Die Frau des Straßenwärters Gubenaut in Oberfaasheim (Elsass) hat in einem Anfall geistiger Umnachtung ihren beiden Kindern, einem neunjährigen Mädchen und einem achtjährigen Knaben, mit einer Feil scharfbare Verletzungen zugefügt und sich dann selbst in der Scheune erhängt.

Als der Mann von der Arbeit heimkehrte, fand er die Frau tot und die Kinder erschlagen zugerichtet auf; sie dürften schwerlich mit dem Leben davontkommen.

Sonnenmaschine

bringt Sinterzeugung von 3400 Grad

Das Technische Institut der Universität Pasadena bringt die Einführung einer Sonnenmaschine in Vorschlag — von der bisher allerdings erst eine Modellausführung besteht —, die das alte Problem der Ausnutzung der Sonnenkraft erneut in Angriff nimmt.

Die neue Maschine besteht aus einer Verbindung von zwanzig Linsenystemen, die die aufgefangene Sonnenstrahlung mit Hilfe von Spiegeln in einen Zentralkörper hineinstrahlen, wodurch im Zentralkörperpunkt des Linsenystems eine Temperatur von 3400 Grad erzeugt werden soll — eine Temperatur, die ausreichen würde, alle überhaupt schmelzbaren Körper zu schmelzen.

Die Mißwirtschaft bei Devaheim

Neue Befundungen

In dem Prozess gegen den Pastor Cremer und seine Mitangeklagten kam es am Dienstag zu einer Sensation. Der Angeklagte Claussen, gegen den eine Nachtragsanfrage wegen Untreue zum Nachteil des Zentralauschusses der Inneren Mission erhoben worden ist, — er soll in der Verwaltung der Auslandsanleihe 30 000 bis 40 000 Mark unterschlagen haben — machte äußerst aufschlußreiche Befundungen über die

heißspiegelnde Mißwirtschaft

bei den Devaheimern. Claussen gab zuerst eine Schilderung seiner Stellung in der Verwaltung der Auslandsanleihe.

Der Angeklagte wurde im März 1923 angestellt und erhielt den Auftrag, die Anleihe zu verwalten und Ordnung in den Betrieb hineinzubringen. Claussen bekundet, daß sich die Bücher in größter Unordnung befunden hätten. Die Hilfskasse hätte die Anleihegelder völlig falsch angelegt und in geradezu ungeheurerlicher Weise, ungefähr zu 60 Prozent, vermischt. Es seien riesige Verluste entstanden. Claussen machte der Hilfskasse des Zentralauschusses weiterhin hodenlose Pflichtvergessenheit zum Vorwurf. Man habe dem Bankhaus Rambaum Geld gegeben und auf diese Weise die Privatgeschäfte des Herrn Libbert finanziert. Es seien Millionenverluste entstanden. Der allein durch das Bankhaus Rambaum eingetretene Verlust beziffere sich auf annähernd 2 Millionen, andere „Geschäfte“ hätten Verluste von insgesamt 3 Millionen Mark zur Folge gehabt. Die Hilfskasse habe allerdings nur ein Kapital von 500 000 Mark, das ist also ein Bruchteil des Gesamtbetrags, gehabt!

Claussen behauptet weiter, daß man die Abrechnung bezüglich der Verwendung der Auslandsanleihe absichtlich hingezögert habe, um

den unvermeidlichen Konkurs zu vermeiden.

Im September 1929, so berichtet Claussen, hätten dann Pastor Cremer und der Geschäftsführer Liebchen die Behauptung aufgestellt, er, Claussen, habe als Verwalter der Auslandsanleihe eine Million unterschlagen (!). Diese Verdächtigung habe man aber später wieder zurückgenommen. Der Angeklagte betont, daß er eine sofortige Revision der Auslandsanleiheverwaltung verlangt habe. Sämtliche Bücher und Belege seien ihm abgenommen und zur Hilfskasse gebracht worden. Die Revision hätte sich jedoch merkwürdigerweise über drei Wochen verzögert.

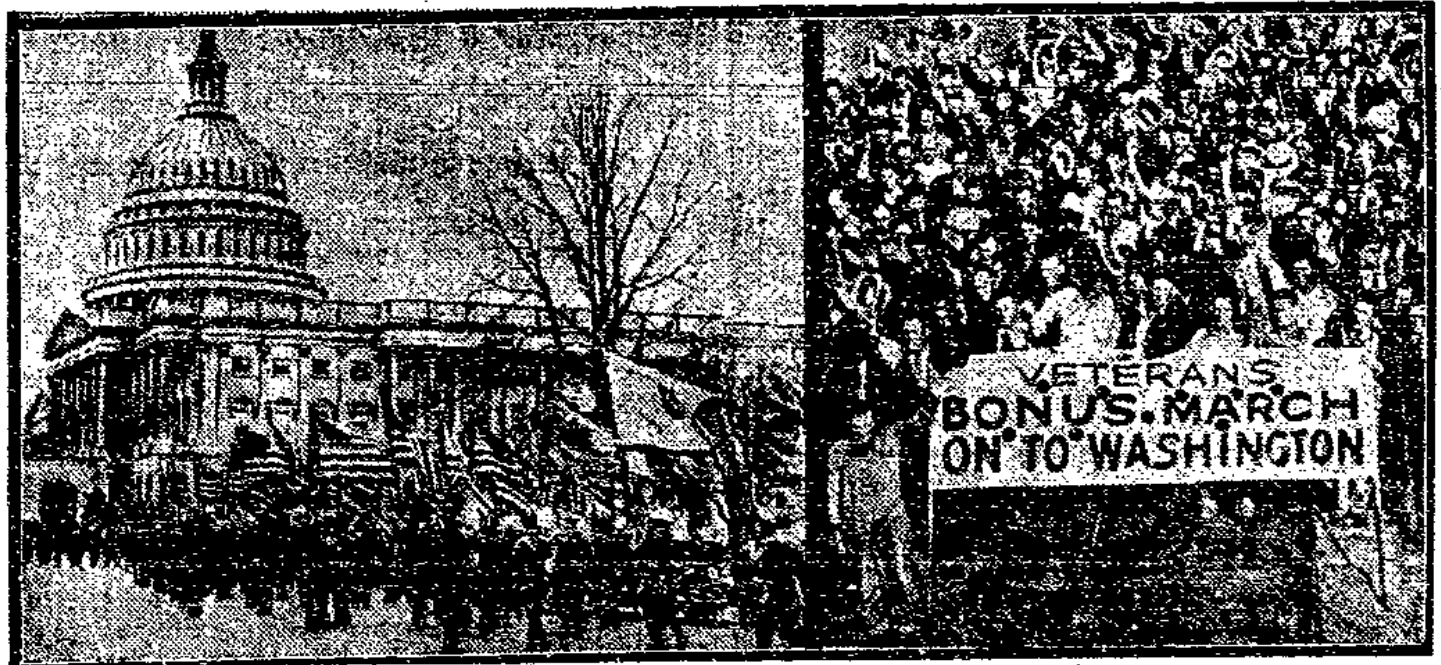
Der Vorsitzende geht auf die Befundung des Pastors Cremer ein, daß ihm Claussen ein Aufsichtsprüfungsprotokoll aus seiner Attentatsache entwendet habe. Claussen widerspricht und führt aus, daß ihm dieses Protokoll von einem Unbekannten mit der Post zugesandt worden sei. Am 3. Januar wurde Claussen freigesprochen, nachdem er immer wieder, wie er betont, auf die Abrechnung der Auslandsanleihe gedrängt hatte. Schließlich warf Pastor Cremer Claussen aus dem Büro heraus, um ihm dann kurze Zeit später, wohl aus sehr naheliegenden Beweggründen, eine feierliche

offizielle Ehrenentlassung

auszusprechen. Die unzähligen kleinen Sparer, die in ihrem auf das glücklich-reaktionäre Unternehmen ihre Gelder hingaben, sehen hier endlich, wohin ihr sauer erspartes Geld gekommen ist. Das ist zwar kein Trost für sie, aber doch wohl ein

Anhaltspunkt mehr für die juristische Generalabrechnung mit der höchst unchristlichen Firma Cremer & Co.

Sie fordern den Dank des Vaterlandes



Die 25 000 arbeitslosen amerikanischen Kriegsteilnehmer, die seit mehreren Wochen aus allen Teilen der Vereinigten Staaten nach Washington zum Kapitol (Parlamentsgebäude) ziehen, um die Einlösung der sogenannten Veteranenbonds zu erzwingen, bilden gegenwärtig ein schwieriges Problem für die amerikanische Regierung.

Unsere Aufnahme links zeigt die Ankunft eines Veteranenzuges am Kapitol in Washington — das Bild rechts gibt einen Kriegsteilnehmerzug auf einer Bahnstation in der Nähe von St. Louis wieder, wo sie Eisenbahnzüge auf offener Straße anhielten und sich umsonst in die Bundeshauptstadt fahren ließen.

Neue Abenteuer der Spitzmaus und der Zitternase

Von G. Th. Notman



33.
Halbwegs der Straße war eine offene Fläche, wo ein Haus gebaut werden sollte. Da sah der alte Handlanger Tony und ruhte ein wenig aus; sein Hut lag neben ihm. „Hinein!“ piepste ich, anher Atem und wipp! wipp! sprangen wir in den Hut. Spitz, der schon ein hübsches Stück hintergeblieben war, hatte nicht gesehen, wo wir geblieben waren und rannte vorbei.



34.
Paßt auf! Er stand der Tony auf, schlug sich den Staub von den Knien und wolle seinen Hut aufheben. Nur hatte der brave Mann aber zufällig eine tödliche Angst vor Mäusen, und kaum wurde er uns gewahr, da warf er — futsch! — den ganzen Hut mit uns herein nur so über den Zaun!

Provincialauschuss tagt

Provinzialumlage genehmigt — Erneute Ausfälle bei der Unfallversicherung — Lebensversicherungsanstalt

(Amstlicher Bericht.) Am 11. Juni fand die letzte Sitzung des Niederschlesischen Provinzialauschusses vor der üblichen Sommerpause statt. Der Provinzialauschuss wird voraussichtlich erst nach der Reichstagswahl wieder zusammentreten.

Es wurde zunächst mitgeteilt, daß der Provinzial-Umlageetat von 18 Prozent, wie er in der letzten Provinzialauschusssitzung beschlossen worden war, von den zuständigen preussischen Ministerien genehmigt wurde. Im Etat ist jedoch dadurch ein neuer Ausfall entstanden, daß die Kraftfahrzeugsteuer nach einem Beschluß des neuen Verteilungsausschusses zugunsten der Landkreise bei der Provinz getilgt worden ist. Die Unterhaltungsarbeiten an den Hauptdurchgangsstrecken werden daher noch weiter eingeschränkt, zumal die Steuerüberweisungen wesentlich geringer einlaufen, als im Etat vorgesehen ist. An wirtschaftlichen Vorlagen ist u. a. die Zustimmung des Provinzialauschusses zur Ausschreibung der Viehversicherungsbeiträge für das laufende Jahr zu erwähnen. Zur Entlastung der Landwirtschaft tritt eine erhebliche Ermäßigung der Sätze gegen das Vorjahr ein. Der Verlängerung von Darlehen an die Stromerzeugungsanstalt Glogau sowie an die Provinzial-Gesellschafts- und Raiffeisen-Bank bis zum 30. Juni nächsten Jahres wurde zugestimmt. Ferner wurde ein der Wassergenossenschaft Schwarzer Winkel bei Glogau im Jahre 1926 gegebene zinsloses Darlehen von 50.000 RM. in einen verlorenen Zuschuß umgewandelt. Ebenso stimmte der Provinzialauschuss der Niederlegung von 500.000 RM. in einen verlorenen Zuschuß zu. (Der „Wohlfahrtsstaat“ des Herrn von Papen wird, wie man sieht, von der Landwirtschaft immer noch lebhaft in Anspruch genommen. Die hier niedergelagerten erheblichen Beträge wären allerdings schwerlich mehr betreibbar gewesen. Red.)

Von dem Jahresbericht über die Küfererziehung, Minder-

jähriger für das Rechnungsjahr 1921 nahm der Provinzialauschuss Kenntnis. Die Gesamtausgaben des vergangenen Jahres für die der Aussicht der Provinz unterstehenden etwa 4000 Jugendlichen, von denen über die Hälfte in Erziehungsanstalten untergebracht war, betragen 2.105.978 RM. Da für das neue Rechnungsjahr nur 1.575.000 RM. zur Verfügung stehen, darf es weiterer Einschränkung in der Durchführung der Jugend-erziehung. Der Provinzialauschuss erledigte ferner eine größere Anzahl von Personalangelegenheiten. So wird der Leiter des Provinzial-Hilfsbauamtes Ströberg, Wolf, auf Grund des Altersgrenzengesetzes vom 1. Oktober 1932 ab in den dauernden Ruhestand versetzt. Als Nachfolger wird zum 1. Oktober 1932 Provinzialbaumeister Prosch von Liegnitz nach Ströberg versetzt, an dessen Stelle Provinzialbaumeister Ungerberg — bisher in Trachenberg — tritt. Die Bauabteilung Trachenberg wird mit Ende September aufgelöst und das Provinzial-Hilfsbauamt in Liegnitz wird die Aufsicht auch über die Arbeiten an der Borsig führen. Außerdem stimmte der Provinzialauschuss der von uns bereits als bevorstehend erwähnten Bestellung des Dr. Grundmann, Bad Warmbrunn, zum Provinzial-Konsekurator der Kunstdenkmäler Niederschlesiens unter der Voraussetzung zu, daß ihm auch die entsprechenden staatlichen Funktionen übertragen werden, und zwar vom 1. Juli 1932 ab. Zum Direktor der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt wurde, nachdem die Rechte es verstanden hatte, den zuerst in Aussicht genommenen Kandidaten Dr. Bünke, der dem Zentrum nahe stand, zur Ablehnung der Wahl zu veranlassen, der bisherige stellvertretende Direktor Dr. Roth berufen, an dessen Stelle soll der Verbandsreferent Dr. Ferdinand Meyer aus Berlin vom Verband der Lebensversicherungsanstalten, stellvertretender Direktor zunächst für eine Probezeit von 6 Monaten werden. Zum Schluss wurde der Landesamtmann Söndermann zum Landesrechnungsdirektor ernannt.

Grünberg. Pflichtarbeiterstreik in der Stadtvertretung. In der Stadtverordnetenversammlung kamen bei der Beratung der Wohlfahrtsfürsorge die Unruhen der streikenden Pflichtarbeiter zur Sprache. Der Magistrat erklärte, daß die Pflichtarbeiter versprochen hätten, die Arbeit bei Auszahlung der Unterführung wieder aufzunehmen; sie hätten aber das Versprechen nicht gehalten. Es werde daher zu weiteren Maßnahmen geschritten werden. Ein Antrag zur produktiven Fürsorge für die Pflichtarbeiter der Wohlfahrt wurde dem Magistrat überzweigt.

Liegnitz. Schüleraustausch mit Schweden. Im Rahmen des deutsch-schwedischen Schüleraustausches trafen in Liegnitz 12 schwedische Austauschschüler und -schülerinnen ein.

Liegnitz. Die Sprache verloren. Ein Liegnitzer Bleichschleifer verlor plötzlich vollständig das Sprachvermögen. Erst nach zwei Tagen fand er die Sprache wieder. Ob ein plötzlicher Schreck oder etwas anderes die Ursache war, konnte noch nicht festgestellt werden.

Annan. Arbeiterpartier retten eine Ertrinkende. Die Arbeiter-Rettungsschwimmer teilten am Sonntag die 19jährige Rätze Wsch aus Breslau, die beim Durchschwimmen des Staubesens kraftlos geworden war. Wiederbelebungsversuche der Arbeiterkamerader hatten nach zeitlich einstufigen Bemühungen Erfolg.

Bartha. 90 Kilometer Tempo führt in den Tod. Auf der Straße Glogau-Bartha wollte ein 90 Kilometertempo fahrendes Motorrad einem Lastauto ausweichen. Es kam ins Schleudern. Der Fahrer, ein etwa 28jähriger Mann, überbrückte sich zweimal und blieb tödlich verletzt liegen.

Aus der Umgebung

In Klettendorf

beherzigt „Schulfortschritt“ die Schule

Der Versuch, in der Arbeitergemeinde Klettendorf die evangelische Schule schulpolitisch „aufzuordnen“, ist am Sonntag glänzend daneben gelungen. Bei der Elternbetriebsversammlung erhielt die von den Nationalsozialisten aufgestellte Liste 68 Stimmen und zwei Mandate, die Liste „Schulfortschritt“ hingegen wie bisher mit 188 Stimmen fünf Mandate.

Die Wahlhandlung verlief ohne Zwischenfälle, obwohl der Nazi-Fahradfahrer Donath den Versuch machte, den Vortragenden der Klettendorfer Sozialdemokratischen Partei, Genossen Krosch, in rülpfender Weise zu provozieren.

Freiballonlandung bei Robertwis

Gestern nachmittags gegen 18 Uhr landete bei Robertwis die auf dem Breslauer Johannistplatz aufgelegene Luftakrobatin Elvira Wilson nach 20 Kilometer Fahrt. Das seltsame Schauspiel lockte in wenigen Augenblicken Hunderte von Menschen an. Einige Minuten später war die Hülle des großen Ballons zu einem verhältnismäßig kleinen Bündel verpackt und Elvira Wilson wurde in einem bereitstehenden Auto nach Breslau zurückgebracht.

Magisterrat

vergewaltigt ein Arbeiterkind

Zwischen Jindel und Jäschowicz im Kreise Breslau wurde am Montag die dreizehnjährige Tochter der Arbeiterfamilie D. aus Jäschowicz von einem jungen Manne überfallen, in ein Kornfeld gezogen und von dort in den nahen Wald geschleppt, wo sich der Verfallung an dem Kinde verging. Als die Eltern vom Felde nach Hause kamen, lief ihnen das Kind weinend und zerschunden entgegen. Die sofort aufgenommene Suche nach dem Täter führte, unter Mithilfe des Oberlandjägers aus Tschirne, zur Festnahme des latifundus bekannten Jagdflüglings Paul Seidel aus Jindel. Er wollte anheimelnd die ständige Erneuerung im Dritten Reich jetzt schon in die Praxis umsetzen.

Die Eltern des Seidel bemittelten in Jindel das bekannte Nazifokal, das vor nicht langer Zeit der Schauplatz von Auseinandersetzungen war, in deren Verlauf einige sozialdemokratische Arbeiter wegen angeblicher tätlicher Beleidigungen zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden.

Neumarkt. Silberhochzeit. Heute begeht der Genosse Paul Bettinger mit seiner Ehefrau Hulda das Fest der Silbernen Hochzeit. Die Parteigenossenschaft und die Volkswacht-Redaktion gratulieren dem 32 Jahre treuen Kämpfer und seiner Ehefrau herzlich.

Jäschowicz. Kommunalpolitische Schulungsarbeit wurde hier im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft Nord-Ost der SPD am Sonntag in einer gut besuchten Kommunal-Konferenz geleistet. Nachdem Genosse Korn einleitend auf die Bedeutung sozialistischer Gemeindepolitik hinwies, ergriff Genosse Kleinert in Klettendorf das Wort und nahm in zweifelhafte Ausführungen zu den hauptgeschäftlichen Problemen und praktischen Fragen der Kommunalpolitik in der Gegenwart Stellung. An der regen Diskussion beteiligten sich vornehmlich die Genossen Komberg, Dehmel, Risch, Gelbner, Lindel, Schreiber, Paul, Lukas. Genosse Dr. Korn brachte dann eine Entschließung ein, die die Hebererhöhung der Einkommensteuer mit den Reformplänen des Genossen Kleinert zum Ausdruck brachte. Die Entschließung wurde einstimmig angenommen und wird den maßgebenden Parteinstanzen weitergeleitet werden. In seinem Schlusswort beantwortete Genosse Kleinert eingehend einige an ihn gestellte Fragen. Nach fast dreieinhalbstündiger Dauer wurde die Konferenz um 7 Uhr vom Vorsitzenden mit dem Gruß „Freiheit“ geschlossen. Anschließend fand eine Funktionärskonferenz der Partei und des Reichsbanners Nord-Ost statt. In zweieinhalbstündigen Beratungen, in denen Genosse Kleinert wertvolle Anregungen gab, wurde die Vorbereitung der Wahlarbeit festgelegt. Mit dem Bannerlied und einem Hoch auf die Partei wurde die von angriffsbereitem Kampfsgeist befeuerte Sitzung gegen 11 Uhr abends geschlossen.

Sozialdemokratische Partei

Unterbereich Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch
Schmidtstr. Margaretenstr. 17, Carlshaus (Neubau), Zimmer 170-174.
Telephon 2944, 2903
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-12 und 16-18 Uhr

Arbeiterwohlfahrt Breslau-Land

Die Sprechstunden der Arbeiterwohlfahrt Breslau-Land finden jeden Freitag von 16 bis 19 Uhr im Parteiretariat, Zimmer 169, statt.

Politz. Freitag, den 17. Juni, bei Droschke, 20 Uhr: Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Schiller.

Strasburg. Freitag, den 17. Juni, bei Barthel, 20 Uhr: Mitgliederversammlung. Redner: Gen. Hundert.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Breslau-Land/Neumarkt

Jindel. Mittwoch, den 15. Juni, 21 Uhr, wichtige Mitgliederversammlung bei Scheide. Neuwahl des Vorsitzenden. Kamerad Korn ist anwesend.

Neumarkt. Freitag, den 17. Juni, 20 Uhr, im Vereinslokal „Selber Löwe“, sehr wichtige Mitgliederversammlung. Schlichte Kameraden des Banners müssen erscheinen.

Merzte antworten

auf die neue Ableitungstheorie der Nazi-Mediziner

Aus ärztlichen Kreisen wird uns geschrieben: Man muß Herrn Dr. Weidner, der jetzt die treudeutsche Amtsbezeichnung „Medizinreferent beim Untergau Schleien“ führt, dafür dankbar sein, daß er uns einen Einblick in die politische Medizin des Dritten Reiches gewährt. Es wird allerdings auch nach der erwähnten Nachtergreifung durch die NSDAP, geraume Zeit dauern, bis die Notlage beseitigt und die vielen erwerbsfähigen Frauen ihrem „wahren Berufe“, dem der Hausfrau und Mutter wieder zugeführt sind.

Es bahnen werden sich wohl auch die nationalsozialistischen Ärzte selbst dafür entschließen, in den eigenen Familien ein Kinderrecht zu verweigern. Nicht verweigern kann oder natürlich ein nationalsozialistischer „Medizinreferent“ auf die Verbreitung von wahren Behauptungen und die Verleumdung seiner Gegner. Unwahr ist, daß „das völkerverfeindliche Judentum und die marxistischen Parteien die Abtreibung der Leibesfrucht propagieren.“ Wahr ist vielmehr, daß von Sozialisten und freilebigen geistigen Ärzten die Abtreibung bekämpft und durch Aufklärung über rechtzeitige sachgemäße Verhütung ungewollter Schwangerschaften wirksam eingeschränkt wird. (Eine strafrechtliche Bekämpfung lehnen die Sozialisten — die bisherige Erfolglosigkeit gibt ihnen recht — allerdings ab. Red.)

Unwahr ist weiter die Behauptung, daß „volksfremde Elemente die heutige Verwahrlosung unserer Jugend kühlen.“ Selbst der Herr Medizinreferent müßte verstehen können, daß die durch die Kriegsverluste verursachte Hoffnungslosigkeit unserer Jugend die Quelle der Jugendverwahrlosung ist. Der Mann, der Deutschland herrlichen Zeiten entgegenführen wollte und die Gesinnungsgenossen des Herrn Dr. Weidner, die leinzeit in der famosen „Vaterlandspartei“ eifrige Propaganda gegen eine rechtzeitige Kriegsendigung trieben, haben das heutige Elend zu verantworten; sie haben 1918 keinen Staat sondern einen Trümmerhaufen zurückgelassen. Selbstlose Arbeit der Marxisten für das Volksganze hat mühsam das neue Deutschland aufgebaut, das heute die Anhänger der Gewalt und die Apostel der Kriegselche für sich allein in Anspruch nehmen wollen, die beim Zusammenbruch mutig sich unerschrocken gemacht haben.

Im dritten Reich erklärt uns Dr. Weidner weiter, wird die medizinische Indikation für eine Schwangerschaftsabbruchung „fauber“ sein. Diese Sauberkeit dürfte so aussehen, daß nicht sachliche Gründe, nicht die körperliche oder seelische Not, die den Kranken zum Arzt führt, sondern die bevölkerungspolitischen, volkswirtschaftlichen und rassistischen Vorurteile des nationalsozialistischen „Arztes über Leben und Gesundheit der bedrängten Schwangeren zu entscheiden haben. Wenn man bedenkt, daß auch führende Nationalsozialisten sachliches Studium der Volkswirtschaft oder der Rassenlehre ideinbar für überflüssig halten und ihre geistige Nahrung lediglich aus den Tendenzschriften ihrer Parteiführung beziehen, so weiß man, daß ihre Sauberkeit mit wirklich ärztlicher Wissenschaft nichts gemein hat. Die Berufspflicht des Arztes kann keiner politischen Mode unterworfen sein, sondern muß in allen Zeiten, auch im Dritten Reich, ohne Ansehen der Person und ohne Herabsetzung der politischen Einstellung des Arztes lediglich der Aufgabe dienen, Gefahren von den hilfebedürftigen Kranken abzuwenden. Freilich legen die Interessen des Staates unserer Hilfsbereitschaft Grenzen. Wir Ärzte müssen aber genau und vorurteillos prüfen, ob wirklich die vom Staate durch seine Geheißungen angebotene hohe Geburtenzahl auch heute noch den wohlbekanntesten Interessen des Volksganges dient. Dazu bedarf es vor allem eines gründlichen Studiums der wirtschaftlichen Zusammenhänge.

Leider aber ist die Beschäftigung mit volkswirtschaftlichen Fragen für die nationalsozialistischen Ärzte weniger interessant und lohnend als die politische Hege mit völlig unjachtigen Schlagworten.

Schlesische Tageszeitung für die Pressefreiheit

Pressefreiheit ist ein wichtiges Geistesgut in der Demokratie; sie allein verbürgt die geistige Freiheit der politischen Willensbildung in einem zivilisierten Staatswesen. Dessenungeachtet bemühen sich die deutschen Faschisten, den Ansehen zu erweiden, als seien sie etwa die Verächter wahrer Pressefreiheit, weil ununterbrochen die Barbarmierung der Kampfmethode durch völkerverfeindliche Verleumdung und Magiosität des Ausdrucks eingeschritten wurde. Besonders heftig ist es aber festzustellen, daß die „Schlesische Tageszeitung“ nunmehr sogar die Verleumdung von Journalisten in den Begriff Pressefreiheit einbezieht.

Hat es der Grünberger Oberbürgermeister Busse dem nationalsozialistischen „Grünberger Tagesblatt“ die amtlichen Behauptungen entgegen, so die Grünberger Stadtverwaltung nicht die Absicht hat, die Hülfsparität zu bevorzugen. Worauf nun das Breslauer „Kagblatt“ nicht etwa gegen eine allenfalls einzetretene materielle Benachteiligung dieses Blattes — amtliche Anzeigen sind immer gern gegebene Aufträge in Zeitungsunternehmen — sondern gegen die Verletzung der Pressefreiheit protestiert und r a Bereich der schlesischen Presse ansetzt, weiß dieser hat gegen das Verbot der „Danziger Volksstimme“, nicht aber gegen den angeblich

„Schwarz-rot“ (tatsächlich ist Dr. Busse Demokrat) Grünberger Oberbürgermeister Stellung nehme. Vielleicht teilt die „Schlesische Tageszeitung“ einmal mit, ob im Dritten Reich die „marxistische“ Presse grundsätzlich mit amtlichen Publikationen bedacht werden soll.

Wir haben Hunger

Wohlfahrtsreferent fordert Brot

Allenfalls werden aus den schlesischen Provinzen Demonstrationen der Wohlfahrtsreferentemissionen, eine naturnotwendige Folge der derzeit laufenden Bestrebungen, die gemeindlichen Unterhaltungen weiter zu senken. Es gibt eine untere Grenze des Lebensraumes, an der Verbandsgründe und Einsicht scheitern. Die Erwerbslosen wissen wohl, daß die Gemeinnden an der äußersten Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sind, daß in den Klassen Ebbe herrscht. Aber davon werden sie nicht satt. Täglich wird das Elend fühlbarer, der Hunger unentraglicher, die Arbeitsmöglichkeit unerschöpfbarer.

Auch im frommen Obereschleien, wo man gerne und viel auf das Jenseits baut, bricht nun die Not durch. In Gleiwitz ist am Montag ein Pflichtarbeiterstreik ausgebrochen. Mehrere tausend Menschen, Männer und Frauen, demonstrierten anschließend vor dem Arbeitsamt und dem Stadthaus unter dem Ruf: „Wir haben Hunger! Wir fordern die geraubte Unterbringung!“ Als die Polizei einen Kriegsreferent, der sich seiner Oberkleider entledigte, um darzutun, daß er nichts Anständiges mehr anzuziehen habe, festnahm, kam es zwischen der erregten Menge und der Polizei zu Zusammenstoßen. Die Beamten wurden angegriffen und mit Steinen beworfen. Sie zogen daraufhin blank und verletzten einige Demonstranten. Eine anschließend durchgeführte Versammlung am Ring verlief dann reibungslos.

Die Verhandlungen einer Delegation der Wohlfahrtsreferentemissionen mit dem Magistrat hatten zur Folge, daß der Oberbürgermeister dem Stadtkammerer und dem Verwaltungsdirektor eine viergliedrige Kommission der Erwerbslosen beigab, die bei der Regierung in Oppeln wegen einer Forderung der Richtlinien für Wohlfahrtsreferentemissionen vorprechen sollte.

Dieser Kommission wurde nach längerer Aussprache erklärt, daß die Regierung nicht veräumen werde, die vorgebrachten Forderungen auch in der Arbeitsgemeinschaft der Fürsorgeverbände zu vertreten, die allein zu entscheiden hat; weiter, daß die Arbeitsgemeinschaft erst am kommenden Freitag nach Bekanntgabe der neuen Notverordnung zusammentreten wird, und schließlich, daß der Regierungspräsident sich damit einverstanden erklärt, daß die Zahlungstermine in Gleiwitz ohne vorläufige Forderung hinsichtlich der vorgenommenen Kürzung der Beträge den vorgebrachten Wünschen entsprechend vorverlegt werden.

und Erwerbslosenunruhen in Stolzenberg

Auch in Hindenburg kam es gestern zu mehrfachen Zusammenstößen zwischen der Polizei mit Erwerbslosen, so vor dem Stadthaus und am Wohlfahrtsamt. Kurz darauf wurde ein Wurfkaden geplündert und die hiergegen einschreitenden Beamten niedergeschlagen. Ein anderer Beamter gab einen Schreckschuß ab, worauf sich die plündernde Menge zerstreute.

Kampf mit einer Herde

In Rybnitz überfielen maskierte Banditen den Bädermeister Hampel in seinem Laden und verletzten ihn, als er sich zur Wehr setzte, mit Messerschlägen. Hampel, dem keine Schwere zu Hilfe eilte, erlief den einen seiner Angreifer, während die beiden anderen lebensgefährlich verletzt wurden. Die drei Banditen waren von einem Bauern gebunden worden, den Bäder, mit dem der Anführer in Feindschaft lebte, umzubringen.

Ausschuss für Arbeiterwohlfahrt Provinz Niederschlesien e. V.

Der Arbeiter-Samariterbund führt gegenwärtig eine Geldlotterie durch, deren Ziehung am 25. und 27. Juni stattfindet. Wir bitten unsere Ortsauslässe, sich an dem Losverkauf zu beteiligen. Als Gegenleistung wird der Arbeiter-Samariterbund zu geeigneter Zeit seinen Mitgliedern die Beteiligung am Vertriebsanfang zu empfehlen.

Die Ortsauslässe erhalten bei Beteiligung am Vertrieb der Arbeiter-Samariterlotterie auf 10 Lose ein Freilos und außerdem 5 Prozent vom Umsatz von je 10 Lose. Wir empfehlen unseren Ortsauslässen, sich schnellstens mit den Leitern der Arbeiter-Samaritergruppen des Ortes in Verbindung zu setzen, da die Ziehung bereits in 14 Tagen stattfindet.

Vom Verbandstag der Arbeitsinvaliden

Alle Krisenstürme glänzend überstanden

Die innerorganisatorischen Berichte — Mitgliederzahl wesentlich gesteigert — Ausgezeichnet funktionierender Organisationsapparat führte großzügige Werbung durch — Nach der Aussprache erteilt der Verbandstag dem Vorstände einstimmig die Entlastung

Der zweite Verhandlungstag des Verbandstages des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands beschäftigte sich ausschließlich mit innerorganisatorischen Angelegenheiten. Geschäfts-, Kassens-, Kontrahenten- und Kassenberichte, wie auch die Aussprache über diese Berichte, wurden in der ersten Sitzung erneuert auch die innerorganisatorische Geschlossenheit des Verbandes, der es zweifellos zu danken ist, daß der Zentralverband alle Krisenstürme glänzend überstanden, ja sogar ganz außerordentlich große organisatorische Fortschritte verzeichnen konnte und deshalb nun auch mit aller Macht seinen festgefühten Organisationsapparat zur Abwehr der ungeheuerlichen Zumutungen der Regierung einzusetzen vermag. Seiner ganzen Verantwortung bewußt, erließigte der Verbandstag auch die Anträge über die innerorganisatorischen Fragen, die dazu beitragen werden, alle im Interesse der Mitgliedschaft dienenden Einrichtungen des Verbandes aufrechtzuerhalten, wie dies bisher möglich war.

Die Tagung, die wieder von dem Kollegen Hoffmann-Peistert geleitet wurde, nahm zunächst den

Organisationsbericht

gegen den Kollegen Gähler-Berlin für den Verbandsvorstand erstattete. Es war ihm eine besondere Freude, dem Verbandstage Bericht zu können, daß es seit dem letzten Verbandstage möglich war,

mehr als 62 000 neue Mitglieder

in den Verband einzureihen. Freilich ist dieser Erfolg nicht ohne Mühe zu erreichen gewesen, sondern nahezu 12 Millionen Flugblätter, 140 000 Plakate,

weit über 1000 Filmveranstaltungen mit verbandseigenen Filmen und eine Welle von mehr als 20 000 Versammlungen haben dazu beigetragen, den nach Jahrzehnten zählenden Mitgliederzuwachs in die Reihen des Verbandes zu führen und zu treuen Mitarbeitern zu machen.

Der Hauptanteil an diesem Erfolge gebührt allerdings dem unermüdeten Helden der Funktionäre, deren Schulung in immer weiterer Maße betrieben werden konnte. Entsprechend diesen als glänzend anzusehenden organisatorischen Fortschritten mußte auch das Verbandsorgan, die „Deutsche Invalidenzeitung“, ausgebaut werden und erscheint heute in einer Auflage von 400 000 Exemplaren. Mit der organisatorischen Glanzleistung hat der Verband seine Krise nicht nur überstanden, sondern hat sie zu einem großen Erfolg bringen können, trotz der Aktionen der Sozialdemokratischen Parteien, die immer dabei sind, den Menschen für den nächsten Tag die Herrlichkeiten des Himmelreichs auf Erden zu versprechen.

Die Erfolge des Zentralverbandes sind aber auch besonders deshalb hervorzuheben, weil die „Klassenkämpfer“ von links in ihrem „Internationalen Bund“ kein Mittel unversucht gelassen haben, die Führer der Arbeitsinvaliden zu diskreditieren und zu verunglimpfen. Wenn weiter gegen einige Organisationsmitglieder in den eigenen Reihen mit Ausschüssen vorgegangen werden mußte und die hinausgeworfenen glaubten, eigene Läden aufmachen zu sollen, so zündet sich das Bild ab, das den organisatorischen Erfolg um so höher bewerten läßt. Er ist ein Zeichen, daß bei den alten erfahrenen Volksgenossen die Sozialdemokratie nicht zum Ziel kommen und die soziale Arbeit in weitergehendem Maße überwiegt, wie jenes fortgesetzte Appellieren an den inneren Schweinehund, auf das sich die Kommunisten verlegt haben.

Wenn sich neuerdings auch die Nazis noch aufmachen, um den Verband nach kommunistischer Art zu beschließen, dann sei darauf aufmerksam zu reagieren wie auf die Angriffe der Kommunisten.

Der Verband wird es nach wie vor ablehnen, mit den gleichen Waffen zu kämpfen wie die anderen, weil er sich in erster Linie um seine Mitglieder kümmert und es auch sonst unter seiner Würde erachtet, erbärmliche und hinterhältige Agitation mit gleicher Münze heimzujagen. Allerdings wird sich der Verband gegen die hohen Agitationsphrasen der Nazis wenden und die Freitagsopfer werden verständlich genug sein, die Warnungen vor Hitler und seinem „sozialistischen“ Programm zu verstehen.

Der vor Industriellen erklärt, daß es in seinem Reich keine sozialen Rechte der Arbeiter und damit auch keine Versicherungen geben würde, der wird bei denen, die ein menschenwürdiges Leben führen, aber nichts für das Alter erlitten konnten, weil sie ausgebeutet worden sind, keinen Anklang finden können.

Kollege Gähler ging sodann auf den mit dem Wahlspruch der Organisation zusammenhängenden Erfolg des Verbandes ein. Die Macht, die er verkörpert, hat es durchzuführen vermocht, die Höhe der Renten nicht ins Bodenlose sinken zu lassen.

Durch die Vertretungen der Mitglieder bei den Spruchbehörden konnten hunderttausende Mark an Renten erkämpft werden,

die die mit den gesetzlichen Bestimmungen nicht so vertrauten Arbeitsveteranen im persönlich geführten Streitverfahren nie zu erkämpfen vermocht hätten. Mehr als je steht der Verband zur Abwehr gerüstet und braucht auch einen Angriff gegen die Sozialdemokratie nicht zu scheuen. Unter der Devise „Treue um Treue“ werden die Organisation und ihre Mitglieder den Kampf in voller Einheit bis zur Freiheit führen.

Stürmischer Beifall dankte dem Berichterstatter. Als nächster Redner sprach anschließend Kollege Matties-Berlin, der in einem weitläufigen Vortrage den

Kassenbericht

entstehende und in allen seinen Einzelheiten detaillierte. Entsprechend dem Organisationsbericht konnte auch er an Hand der Einzelheiten auf die ganze Geschäftsordnung erklären,

daß der Verband finanziell geleistet darsteht. Trotz der Auswirkungen der Wirtschaftskrise und ihrer Folgen ergab sich an keiner Stelle des organisatorischen Betriebes ein Zwang, irgendeine im Interesse der Mitgliedschaft liegende Verwaltungseinrichtung abzubauen oder auch nur einzuschränken.

Seit Jahren geübte Sparmaßnahmen in der Verwaltung hat es ermöglicht, den Rahmen der Organisationsarbeit weiter

auszubauen, wie ihn der letzte Verbandstag in Kiel beschlossen hat.

Sterbefalleneinrichtung

hat einen gewaltigen Aufschwung genommen und wenn in den letzten drei Jahren mehr als 1,8 Millionen Mark an Sterbeunterstützungen ausgezahlt wurden, so müge das als ein Beweis gewertet werden, daß sich die Kasse allen ihren Verpflichtungen gewachsen gezeigt hat, obwohl die Versicherungsbedingungen für die Kasse des Verbandes ungünstiger sind, weil die Sterblichkeit unter den alten Kollegen viermal so groß ist, wie bei Sterbegeldversicherungen, die Menschen aller Altersklassen versichern. Auch Kollege Matties, der noch auf alle finanziellen Einzelheiten einging, dankte dem riesigen Funktionärstab, der Anteil hat an der vorbildlichen Kassenführung. Zum Schluß wandte er sich gegen die „Revolutionäre“, die mit allen möglichen Verleumdungen gerade auf dem Gebiete der Finanzen gegen den Zentralverband operiert haben, bis der Verband gegen einen dieser Vorfälle vorgehen mußte, um einmal ein Beispiel statuieren zu lassen. Der Zentralverband habe nur den einen Wunsch, daß die Reider und Klaffer ein einziges Mal ihre Kassenverhältnisse so in voller Deffektivität darlegen möchten, wie er es als eine Selbstverständlichkeit betrachtet.

Nach diesem umfangreichen mit einzelnen Zahlen genau belegten Kassenbericht, den der Verbandstag ebenfalls beifällig quittierte, erstattete Kollege Dorbeck-Oberhausen den

Bericht des Verbands-Ausschusses

Er ersuchte den Verbandstag als Vertreter des Kontrollorgans, dem Vorstände einstimmig Entlastung zu erteilen, da die gesamte Geschäfts- und Kassenführung bei allen Prüfungen stets in mustergültiger Ordnung befunden worden ist. Auch Kollege Dorbeck verband seinen Antrag mit einem Dank an den großen Funktionärstab.

Organisationskommission

ging Kollege Matties auf die Beratungen der Kommission ein und gab deren Stellungnahme zu den vorliegenden sich mit innerorganisatorischen Fragen beschäftigenden Anträgen des Verbandsvorstandes und der Organisationsgruppen bekannt.

Aussprache und Entlastung des Vorstandes

Mit den Nachmittagsverhandlungen begann die Aussprache über die Berichte. Sämtliche Redner erklärten sich mit der Arbeit des Verbandsvorstandes zufrieden. Kollege Wagner-Breslau geht auf die Frage der Agitation ein. Er begrüßt es, daß der Hauptvorstand durch zwei Filme die Agitation erlebte hat. Darauf schlägt er vor, auch Lichtbilder herauszugeben, damit diejenigen unter den Alten, die das Flimmern der beweglichen Filme hört, auch Möglichkeit haben zu Agitationsveranstaltungen zu kommen. Danach geht er auf die gegnerischen Organisationen ein, von denen es besonders die christlichen sind, die sich in der Höhe gegen unsere Organisation hervortun und stellt den Antrag, die Referate der Kollegen Karkort und Dr. Meier als Broschüre herauszugeben. Im Verlauf der weiteren Debatte spielte besonders die Frage der Bei-

tragsheraushebung und die Entzerrung der Angestelltengehälter eine große Rolle. Die Kollegen Köhn-Essen, Schirmacher-Hamburg, Volker-Münchberg, Bortelmann-Beschale, Dreher-Freiburg i. B., Böner-Rhein-Ruhr, Pink-Mühlheim wandten sich gegen die Beibehaltung der bisherigen Beitragssätze und sprachen sich auch für den Abbau der bereits entsprechend der Notverordnungen gekürzten Angestelltengehälter aus. Die Kollegen Köhn-Potsdam, Renner-Berlin, Matties-Berlin, Thürling, Böner-Stuttgart, Schein-Frankfurt a. Main, Kother-Brandenburg und Dorbeck-Oberhausen wandten sich gegen diese Anträge. Sie begründeten ihre Stellungnahme damit, daß es in so einer schweren Zeit, wie sie im Augenblick besteht, unnützlich sei, Beiträge herabzusetzen. Ein schwerer Wahlkampf steht bevor, indem es um Sein oder Nichtsein der Unterstützungen der Rentner und Invaliden geht. Es ist daher falsch, sich in solch einer Zeit die Munition für den schweren Wahlkampf, die eben in Beiträgen besteht, zu nehmen. Darauf kam Kollege Matties-Berlin zum Schlußwort: Er geht auf die Ausführungen der Redner ein, die glauben, in den Angestellten Funktionäre zweiter Klasse sehen zu müssen. Er betonte, daß es im Verband nicht zwei Klassen, sondern nur Kollegen gibt und daß es gewiß nicht leicht sei, als Angestellter einer Arbeiterorganisation vom Arbeitergeld zu leben. Sie haben genau so ihre Pflicht getan, wie die ehrenamtlichen Funktionäre, deren Arbeit vom Hauptvorstand genau so anerkannt wird. Er wandte sich auch gegen die Herabsetzung der Beiträge und Gehälter. In der nun kommenden Zeit gilt es, noch fester zusammenzukleben und kampfbereiter als bisher zu sein. Die Organisation der Arbeitsinvaliden und Witwen steht fest fundamntiert, sie wird sich auch im kommenden Kampf behaupten können und nicht unterliegen lassen.

Dann sprach Kollege Gähler. Er erklärte in seinem Schlußwort, daß alles getan werden wird, um die Agitation neu zu beleben. Er wandte sich gegen verschiedene Auffassungen über die politische Neutralität und stellte fest, daß die Organisation in heutiger Zeit nichts erreichen würde, wollte sie den Neutralitätsbegriff überstehen, denn wer nicht Politik betreibt, hat auch keinen Einfluß auf die Geschehnisse. Wenn diese Tagung beendet ist, dann beginnt ein harter Wahlkampf. Für die Organisation gilt es, die Plattform des Kampfes zu verbreitern. Deshalb auf zum Kampf gegen die Notverordnungen, für Erhaltung der Sozialgesetzgebung. Sein Schlußwort klang aus in den Dichtworten: „Wir schließen die Reihen, noch ist die Schlacht nicht entschieden. So lange noch einer zur Fahne steht, ist Kampf und nicht Frieden.“

Bestimmungen

erteilte der Verbandstag dem Vorstände einstimmig die Entlastung, die Kollege Dorbeck als Obmann des Verbands-Ausschusses beantragt hatte. Alle Delegierten stimmten diesem Antrage zu und bekundeten damit, daß sie in voller Einmütigkeit geschlossen hinter dem Verbandsvorstande stehen.

Der Antrag, die Gehälter neu zu regeln, wurde dem Vorstande überwiesen. Weiter stimmte der Verbandstag auch einem Antrage zu, der den Vorstand beauftragt, für die Sterbeunterstützungseinrichtung eine Rückversicherung bei einer großen Versicherung abzuschließen. Auch der Antrag, daß sich die noch vereinzelt bestehenden selbständigen Sterbefälle der Ortsgruppen auflösen und der zentralen Verbands-Sterbeunterstützungseinrichtung anzuschließen haben, fand einstimmige Annahme. Die übrigen organisatorischen Anträge wurden fast durchwegs an den Verbandsvorstand überwiesen.

Schärfste Kampfanfrage der freien Gewerkschaften

Eine Rundgebung des Bundesausschusses gegen die Regierungserklärung der Barone

Die Bundesausschussung des ADGB hat folgende Rundgebung beschlossen:

Die programmatische Erklärung der neuen Reichsregierung ist eine offene Kampfanfrage an die gesamte deutsche Arbeiterschaft.

Man muß weit zurückgehen in der deutschen Geschichte des letzten halben Jahrhunderts, um auf Regierungserklärungen zu stoßen, die einen ähnlich reaktionären Geist verraten. Sie erinnern in ihrer Sprache und in ihrer Tendenz an die Zeiten des Kulturkampfes und des Sozialistengesetzes.

Das neue Kabinett wird bezeichnet als eine Regierung der „nationalen Konzentration“. Tatsächlich vertritt die neue Regierung die Gruppen des Volkes, die bewußt gegen eine Konzentration „aller aufbauenden und staatsverhaltenden, kurzum aller nationalen Kräfte“ in Deutschland gerichtet sind. Der Schluß und die Fortentwicklung der Weimarer Verfassung, die das Volk souverän erklärte, ist einer Regierung anvertraut, deren Verfassungsminister sich offen zur Monarchie als der besten Staatsform bekennen.

Dieser Einstellung entspricht der Geist ihres Programms.

Es ist der Geist des bewußten Klassenkampfes von oben

Der angeblich „gemeinschaftsfeindliche“ Klassenkampf, der der deutschen Arbeiterbewegung zum Vorwurf gemacht wird, ist nichts anderes als der gesellschaftliche Zustand während der Herrschaft des kapitalistischen Systems, das die Nation in soziale Klassen spaltet. Das Ziel der Arbeiterbewegung ist die Überwindung dieses Systems, die Beseitigung der Klassencheidung und der Klassenkämpfe. Die Arbeiterbewegung war und ist eine der großen schöpferischen Energien der modernen deutschen Geschichte. Ihr Ziel war und ist, die deutsche Arbeiterschaft aus einer

geknechteten Klasse zu einer „nationalen Klasse“ zu machen, zu einem gleichberechtigten Faktor im Leben der Nation. Ihr Ziel ist eine soziale Lebensordnung unseres Volkes, in der die Verfassung der Wirtschaft wie des Staates vom demokratischen Geist bestimmt und die Rechte der Gesamtheit ebenso gewahrt sind wie die Rechte des Einzelnen. Der Kampf der Arbeiterbewegung ist kein Hemmnis, sondern die Voraussetzung für den organischen Aufbau eines sozialen deutschen Volksstaates, eines neuen Deutschland.

Für dieses Deutschland hat die deutsche Arbeiterchaft im Kriege ihr Leben eingesetzt

Sie hat die Männer gestellt, die nach dem Zusammenbruch in vorderster Linie den Kampf um die Einheit unseres Staates und die Freiheit unseres Volkes führten. Sie hat im Ruhrkampf fremder Willkür Halt geboten. Sie war abseits aller nationalen Phrasen die stärkste Stütze des deutschen Staates in allen Gefahren der Nachkriegszeit. Es gibt keine nationale Konzentration ohne die deutsche Arbeiterschaft.

Die jetzige Regierung steht zu dem neuen Deutschland, zu dem Gedanken des sozialen Volksstaates in schärfstem Gegensatz

Sie verneint seine Grundlagen, die in der sozialen Gesetzgebung der Nachkriegszeit geschaffen worden sind. Jede Ministerrede beweist von neuem, daß die Regierung entschlossen ist, das deutsche Arbeits- und Sozialrecht zu beseitigen, das in der Weimarer Verfassung begründet ist. Sie wird sich an die Buchstaben der Verfassung halten, um ihren Geist desto gründlicher auszutreiben.

Das ist der Sinn ihres angefeindeten Kampfes gegen den „Staatssozialismus“, gegen den Staat als „Wahlhelfer“.

ankunft". Indem sie diese Phrasen der nationalsozialistischen und deutschnationalen Agitation übernimmt, macht sich die Regierung zum Wortführer der erklärten Feinde der Verfassung. Diesen arbeitserleidlichen Parteien zuliebe, denen sie den Ehrennamen „nationale Bewegung“ gibt, hat sie den Reichstag aufgelöst. Sie „schützt“ die Verfassung, indem sie ihren Feinden Vorschub leistet.

Angelehnt an die unehrenhafte Opfer, die die Arbeiterschaft in den letzten Jahren mit einer in der ganzen Welt bewundernden Disziplin auf sich genommen hat, spricht die Regierung von „moralischer Zermürbung des deutschen Volkes“. Sie will den sogenannten „Staatssozialismus“ und die sozialen Leistungen an die Arbeitslosen, die Arbeitsinvaliden und Kranken für diese „Schwächung der moralischen Kräfte der Nation“ verantwortlich machen. Diese Sprache führt eine Regierung, die sich auf die Kreise der Großindustriellen, der Großagrarien und der pensionierten Offiziere und Generale stützt, von denen die einen Milliarden an Subventionen geschluckt haben, während die Mehrzahl der anderen im gesicherten Besitz ihrer Pensionen alle ihre Kräfte gegen die Verwirklichung des Volksstaates einsetzt.

Das zeigt, in welchem Sinne diese Reichsregierung „den Kampf um die Erhaltung der Lebensgrundlagen der werktätigen Bevölkerung“ zu führen gedenkt. Weiterer Lohnabbau für die noch in Arbeit Stehenden, weitere Kürzung der Renten für die Arbeitslosen und die Sozialrentner, Vernichtung des gesetzlichen Arbeitsrechts, mit einem Wort: soziale Entrechtung der Arbeiterschaft und rückwärtslose Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen, gleichzeitig

Sturm gegen die soziale Reaktion

Es hagelt Proteste gegen die Notverordnung

Die Regierung Papen-Hitler verelendet das Volk — Der nationalsozialistische Volksbeirat offenbar

Das Kabinett der Barone, das sich auf die Nationalsozialistische Partei stützt, ist zu Taten übergegangen. Diese Taten liegen in der Richtung der sozialen Reaktion. Jetzt zeigt es sich, was das wahre Wesen der nationalsozialistischen Bewegung ist. Sie ist die Hilfsgruppe des reaktionären Unternehmertums, das unter der nationalen Maske die Interessen der Arbeiterschaft mit Füßen treten wird.

Gegen die durch die neue Notverordnung bezeichneten Taten des Kabinetts der Barone hat sich in allen Arbeiterorganisationen ein Sturm der Entrüstung erhoben. Die Organisationstagen, die zurzeit stattfinden, haben außerordentlich scharfe Entschlüsse gegen den Abbau der Sozialpolitik gefaßt, so der Verbandstag des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands, der in Breslau tagt, und die Tagung des Deutschen Werkmeisterverbandes in Düsseldorf.

Ebenso regen sich die Kriegsoffer. Der Bundesvorstand des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten hat sich wegen des Abbaus der Kriegerrenten an den Reichspräsidenten gewandt. Aus allen Gauorganisationen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold wird der Reichspräsident darauf hingewiesen, daß die Undankbarkeit des Staates gegen die Kriegsoffer, die im Rentenabbau zum Ausdruck kommt, unerträglich wäre. Er ist daran erinnert worden, daß der Reichsinnenminister Freiherr von Gayl das Wort von Groener wiederholt, daß Deutschlands ärmster Sohn während des Krieges sein geknechteter gewesen sei. Es ist ihm nahegebracht worden, daß es gänzlich unverständlich sei, daß gerade beim ärmsten Teil der Söhne Deutschlands die Einsparung erfolgen soll.

Dieser Proteststurm gegen die soziale Reaktion wird weiter gehen! Jetzt erkennt das Volk, auf welcher Seite in Wahrheit der Kampf für seine Interessen gegen die Reaktion geführt wird, es erkennt, daß die Nationalsozialisten im Lager der sozialen Reaktion stehen!

30. Verbandstag der Deutschen Werkmeister

(Schluß)

Die verkehrte Lohn- und Preispolitik, die in den letzten Jahren in Deutschland betrieben wurde, hat auch die Gesetze des Kapitalismus aufgehoben. So trägt sie schwere Schuld an der langen Dauer der Krise. In der bisherigen Entwicklung des Kapitalismus lag das Geheimnis der Krisenüberwindung immer in der erheblich größeren Preis- als Lohnsenkung begründet. Dieser Regulator besteht nicht mehr.

Die Wirtschaftskrise soll nun auch den Unternehmern dazu dienen, die Grundlagen der Sozialpolitik zu befestigen. Nicht nur kann der wirtschaftliche Wert einer gesunden Sozialpolitik heute nicht mehr bestritten werden, das deutsche Volk hat auch die fällige Pflicht, die Wunden zu heilen, die der Krieg an der Heimat und in der Heimat geschlagen hat. Und lassen denn die zahllos arbeitslos gewordenen Menschen einzeln ihrem Schicksal überlassen werden? Gewiß belassen die Summen der Sozialversicherung unsere Wirtschaft. Vielleicht ist der Augenblick gar nicht mehr so weit, wo wir auf diesem Wege nicht mehr weiterkommen. Dann helfen keine Kürzungen der Renten mehr, denn wird das gesamte Elend der Massen offen gegen die Ordnung rebellieren.

Die Notverordnungen wählten immer größere Opfer auf das arbeitende und auf das arbeitslose Volk. Und doch, wenn nicht Wunder geschehen — ein großer Teil des Volkes glaubt an sie und hat den Wundermann schon gefunden —, werden wir in absehbarer Zeit wieder vor leeren Kästen stehen. Und da soll denn ein radikaler Abbau der Sozialversicherung weitergehen!

In erster Stelle steht natürlich wieder die Arbeitslosenversicherung. In den fünf Jahren ihres Bestehens

aber Schonung und Schutz der Bekleideten, insbesondere der Großagrarien — das ist der Sinn des neuen Rufes der „grundtätigen neuen Richtung der Staatsführung“!

Die Regierung beruft sich auf „die unveränderlichen Grundsätze der christlichen Weltanschauung“, die sie zur Grundlage ihres neuen Deutschland machen will. Die „christliche Weltanschauung“ dieser Regierung läßt sich auf die einfache Formel bringen: „Selbst unter der Obrigkeit, die Gewalt über euch hat!“ Die geistige Freiheit soll auf allen kulturellen Gebieten des öffentlichen Lebens in Ansehnlichkeit und Mäandern erstarkt werden. Die Anpassung des staatlichen Lebens an die Armut der Nation soll durch die Anpassung des kulturellen Lebens an die geistige Armut der Kreise, auf die die Regierung sich stützt, bekräftigt und befestigt werden.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Gegen diesen Generalangriff der sozialen und kulturellen Reaktion, gegen diese Regierung, die den Geist der Vergangenheit zu neuem Leben erwecken will, gegen diese Fanatiker des Rückschritts gilt es, alle Kräfte der Arbeiterschaft zu einmütigem Widerstand zusammenzufassen. Der frevelhafte Versuch, das Rad der Geschichte um ein halbes Jahrhundert zurückzudrehen, muß scheitern an der vereinten Kraft eures unbeflegbaren Willens.

Eure Forderung muß sein: Durch Einigkeit und Disziplin zur Freiheit!

Die Kriegsoffer an Hindenburg

Der Bundesvorstand des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten hat dem Reichspräsidenten von Hindenburg folgendes Telegramm ausgestellt:

„Bitten Herrn Reichspräsidenten als deutsche Kriegsofferorganisation, die sich in Treue zur Verfassung nachdrücklich für Ihre Wiederwahl eingelebt hat, die von der Reichsregierung vorgehenden Rentenkürzungen und anderen Verschlechterungen in die Notverordnung nicht aufzunehmen. Not der Kriegsoffer und bisherige Fürsorgemaßnahmen sind zu brüchig, als daß ohne Schaden für die Gesamtheit der Nation weitere Einschränkungen ertragen werden könnten. Für Kriegserwaisen, deren Bezüge bei Alter über 15 Jahre entzogen werden sollen, wäre dies größte Enttäuschung in ihrem Glauben an Treue. Kriegsschädigte und Kriegshinterbliebene, die Volk und Land vorbehaltlos ihre Opfer brachten, erwarten gerechte Behandlung.“

Bundesvorstand des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten.

Protest des Werkmeisterverbandes

Der Deutsche Werkmeisterverband Düsseldorf faßte auf seinem Verbandstag in Mannheim im Namen der 120 000 Werkmeister einstimmig folgende Entschließung:

„Nach Pressemeldungen, die jedoch befannt werden, beabsichtigt die Reichsregierung, die Unterstützungsdauer in der Arbeitslosenversicherung auf sechs Wochen zu verkürzen, in der Versicherung die Hilfsbedürftigkeit einzuführen und gleichzeitig die Unterstützungssätze radikal abzubauen. Treffen diese Absichten tatsächlich zu, so müßten sie helle Empörung und schärfsten Widerstand hervorrufen. Eine solche Sanierung der Arbeitslosenunterstützung mit dem Rechtsakt bedeutet geradezu eine Gefährdung des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens in Deutschland. Der Verbandstag des Deutschen Werkmeisterverbandes erklärt, daß die volle Verantwortung für alle Folgen dieser Politik auf die Reichsregierung und ihre Hintermänner fällt.“

Im Namen des Verbandstages:

Buchmann, Verbandsvorsender.“

ist sie schon zur Hälfte abgebaut. Jetzt wird ihre weitere Reduktion ins Auge gefaßt: nicht nur in Unternehmerkreisen, sondern vielleicht auch bei verantwortlichen Regierungskreisen. Aber wir sind nun an die Hungergrenze gekommen, an der Empörung und Aufruhr stehen. Die Aufhebung des Rechtsanspruches in der Arbeitslosenversicherung würde die Versicherung befehlen. Sie läßt den heftigsten Widerstand der Gewerkschaften aus.

Die Invalidenversicherung ist besonders notwendig. Rechtzeitig ergriffene Maßnahmen hätten vielleicht manches verhindert. Die letzte Verordnung der Reichsregierung hat für die armen Sozialrentner unheilvolle Not verordnet. Und nun ist die Rede davon, die Renten radikal abzubauen. In der Krankenversicherung dürfen die Träger ihrer Selbstverwaltung nicht so weit beschränkt werden, daß ihre Existenz in Frage gestellt wird. Mit Entschiedenheit wenden wir uns gegen jegliche Abbaumaßnahmen in der Angestelltenversicherung.

Was und wie weit die neue Regierung im einzelnen die Sozialversicherung abbauen will, wissen wir natürlich noch nicht. Doch ihre Zusammenfassung spricht Bände: Gerade bei dieser ungeheuren Notlage eine Regierung gegen die Arbeiterschaft! Dieses Kabinett des offenkundigen Übels hat in einer mehr als unglücklichen, ja unangenehmen und in seinen Folgen verhängnisvollen „Regierungserklärung“ nicht nur die gefährliche Trennung des Volkes in nationalverpflichtete und nationalunverpflichtete Teile vorgenommen, sondern sie hat auch vom Klassenkampf gesprochen, der zerrütend auf das Staatsleben einwirkt. In der nationalen Haltung der Gewerkschaften zu bestehen, ist nur bei ausgeprägter Bewusstseinsfähigkeit möglich.

Wenn man unter Klassenkampf die Aufhebung der Arbeiterschaft gegen eine Bewegung des Klassenkampfes in der Gesellschaft versteht, dann erweist er sich nicht nur als ein auswegloses Kampfsystem, sondern als ein Kampf um der sozialen Gerechtigkeit willen. Im Klassenkampf erblicken wir den Freiheitskampf der Deutschen Arbeitnehmer.

Wir wenden uns auch mit Entschiedenheit dagegen, daß in der Regierungserklärung von einem „Versorgungsstaat“ gesprochen wird. Angesichts der Tatsache, daß wir heute in Deutschland noch fast sechs Millionen Arbeitslose haben, die eine monatliche Unterstützung von etwa 50 Mark erhalten, ist es schon fast frivol, vom Staat als einer „Wohlfahrtsanstalt“ zu sprechen. „Versorgt“ werden die Schwerindustriellen und die Großgrundbesitzer mit Hunderten von Millionen von Mark, durch Zölle und andere staatliche Maßnahmen. Und will irgend jemand behaupten, daß der Großgrundbesitzer des Ostens unter den gleichen Nahrungsvorgängen leidet wie der arbeitslose Wohlfahrtsunterstützungsempfänger?

Der Weg, den die neue Regierung zu gehen beabsichtigt, ist trotz ihrer nichtstimmigen Regierungserklärung festbar: Der Kampf gegen die Sozialpolitik im allgemeinen, gegen Tarifvertrag und Arbeitslosenversicherung im besonderen wird in der nächsten Zeit entbrennen. Wir haben der Regierung Brünning kritisch gegenüber gestanden. Jedenfalls war aber ihr Verhalten, die Grundlagen der Sozialpolitik zu erhalten. Die neue Regierung wird einen anderen Weg beschreiten, der vielleicht der reaktionäre ist, den wir in der Nachkriegszeit erlebt haben. Die Sozialpolitik weiter abzubauen, bedeutet Millionen Menschen dem Hunger preiszugeben.

Der Hunger der Massen, aber auch die Notverordnungen, die notwendig, doch in ihrer Lastenverteilung nicht immer gerecht waren, haben Führer an die Oberfläche getragen, die durch hemmungslose demagogische Agitation an die Macht kommen wollen. Doch die wirtschaftliche Lage wird schlechter. Die Voraussetzungen für eine Verständigung der Völker, eine Zusammenarbeit mit Frankreich, liegen in weiter Ferne. Der rückläufige Weg zum abgeschlossenen, autarken Wirtschaftsstaat bedeutet Hunger und Elend für das Volk und bringt außenpolitische Gefahren mit sich. Die irreführenden Wajzen werden nicht darauf verzichten, zu gegebener Zeit den nationalsozialistischen Führern ihre Wechsel zu präsentieren.

Wir Gewerkschaften bleiben unserer alten Tradition treu:

Gegen Utopien und Demagogie, für Mäherverständnis und -berichtigung

Mag sie auch noch so schwer in der heutigen Zeit durchzuführen sein, sie wird kommen.

Die Fragen der Sozialversicherung werden überschattet durch die Aufgabe der Arbeitsbeschaffung. Das wichtigste Problem, das der Finanzierung, wäre wesentlich leichter zu lösen, wenn der deutsche Kapitalismus etwas weniger international und etwas mehr national wäre. Hunderttausende von brachliegenden Arbeitskräften würden wieder Lohn und Arbeit haben, wenn für den kapitalistischen Unternehmer die Schadensverbundenheit eines Volkes weniger Lippenbekenntnis als Herzenssache wäre. Die Mähe der freien Gewerkschaften sind zwar nicht ganz ohne Echo geblieben, aber sie haben nicht die Zustimmung der zuständigen Stellen gefunden. Die jetzige Regierung wird wohl noch nicht einmal die Prämienanleihe aufheben.

Auch die 40-Stundenwoche wird wohl nicht eingeführt werden. Dabei verlangt die technische Entwicklung eine allgemeine wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit. Die Auslastung der Betriebe hat eine gewaltige Produktionskapazität gebracht, die bei der geschwächten Kaufkraft der Verbraucher auf lange Zeit hinaus nicht voll ausgenutzt werden kann. Das bedeutet Dauerarbeitslosigkeit von Millionen — auch bei besserer Konjunktur —, wenn die Arbeitszeit nicht gesetzlich gekürzt wird.

Doch alle diese Maßnahmen bedeuten keine wirkliche dauernde Krisenüberwindung. Wir sind der Auffassung, daß diese Krise eine Systemkrise der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung darstellt.

Darum treten wir ein für ihre organische Umbildung in eine Gemeinwirtschaft

Wir leben heute in einer Übergangszeit. Das Hineinwachsen in die neue Wirtschaftsordnung ist ein kontinuierlicher, oft schmerzhafter Prozeß. Das Wirtschaftsprogramm der freien Gewerkschaften ist keine utopische Zielsetzung, sondern die Notwendigkeit von morgen. Die freie Volkswirtschaft hat zu gegebener Zeit ihre Mission erfüllt. Heute ist sie erloschen. Die Versorgung eines Volkes kann nicht mehr dem freien Spiel der Kräfte, das ja gar nicht mehr besteht, oder gar dem Zufall überlassen, das Steuer der Wirtschaft muß von einem Plan von der planenden Vernunft gelenkt werden.

Der Allgemeine freie Angestelltenbund hat in jüngster Zeit den wohlbedachten Plan einer Arbeiterorganisation der Wirtschaft aufgestellt. Hier wird einem in Not befindlichen Volke Ziel und Richtung für eine bessere Gestaltung der Zukunft gegeben. Es ist eine dringliche Aufgabe unter dieser Zielsetzung die Kämpfer zu gewinnen und zu schulen. Die Planwirtschaft wird kommen. Ihre stärkste Stütze wird sie in den freien Gewerkschaften finden.

Der Privatkapitalismus hat also seine wirtschaftliche Mission erfüllt. Er steht und fällt heute nur noch mit seiner ihm noch innewohnenden Macht und mit seinem Führertum. Wie steht es um dies Führertum, ist hier nicht eine starke Verbeamtung eingetreten? Wo sind die wagemutigen Unternehmern?

Wohl selten war eine Zeit so bitter wie die heutige, aber auch so unklar. Ein Volk häumt sich auf gegen Not und Elend. Es schreit nach Arbeit. Es sucht einen Führer, der es aus der Not herausbringen soll. Dabei jünden oft die banalsten und barbarischsten Parolen. In diesem Kampfe der Geister stehen wir in der vorderen Front. Wir Gewerkschaften, wir sind im demokratischen Boden. Seit langem sind Kräfte am Werk, ihn zu unterhöhlen. Die gleichen Kräfte wollen nicht nur, daß die Arbeitnehmer die durch die Krise entfallenden Not in erster Linie tragen, sie sollen darüber hinaus die leichtfertig gemachte Schulden der Industrie und Landwirtschaft bezahlen. Um die Sanierung der Wirtschaft auf dem Rücken der Arbeitnehmer vollziehen zu können, dazu die Offensive des Kapitals und seiner Verbündeten gegen die Gewerkschaften, gegen Tarif- und Schlichtungswesen, gegen Sozialrecht und Sozialversicherung.

Man irrt, wenn man meint, unsere Widerstandskraft sei gebrochen. Noch stehen Millionen organisierter Arbeitsträger bereit, um ihre Rechte zu verteidigen. Unser Kampfwille ist ungeboren. Wir sind gerüttelt. Im richtigen Augenblick wird mutigen Tat schreiten ist alles.

Wir Werkmeister wollen dabei nicht absteigen stehen. Unseren Berufsstande ist das gleiche Schicksal zuteil geworden, wie den übrigen Arbeitnehmern. Ob auch Stürme über uns hinwegbrauchen, ein sozialer Massenwille tritt nicht. In der Geschichte unserer Freiheitsbewegung sind Jahre heroischen Kampfes verzeichnet. Die Zukunft verlangt noch mehr von uns. Es geht um Sein oder Nichtsein!

Berücksichtigt beim Einkauf unsere Inserenten